

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und  
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Befenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A,  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Umfang unseres Zentralverbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung im ersten Quartal 1915.

Am Schlusse des vierten Quartals 1914 waren 775 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des ersten Quartals 1915 trat eine Zahlstelle zu einer andern über und 39 lösten sich auf, so daß am Schlusse des ersten Quartals 1915 noch 735 Zahlstellen gezählt wurden. Es wurden somit 40 Zahlstellen weniger gezählt als am Schlusse des vorausgegangenen Quartals. Das ist, zahlenmäßig genommen, ein sehr starker Rückgang, doch beruht er auf den gleichen Ursachen wie die Zahlstellenabnahme im vorigen Quartal, die allerdings nur halb so groß war. An dieser Abnahme trägt der Krieg die Schuld. Immer mehr Zahlstellen müssen fast ihre sämtlichen Mitglieder für den Kriegsdienst abgeben. In solchen Zahlstellen ist es dann mit dem besten Willen nicht möglich, die Verbandsgeschäfte weiterzuführen; sie sind gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Das geschah im Berichtsquartal in folgenden Zahlstellen: Angerburg, Arns, Aylbach, Bad Wildungen, Ballenstedt, Bensheim-Luerbach, Brake, Cronsförde, Deutsch-Eylau, Frankenstein, Goldap, Gottesberg, Hammerstein, Harfeld, Hasloh, Horneburg, Johannsburg, Kamenz, Lübbenau, Marggrabowa, Nikolaiken, Nimptsch, Obornick, Oranienbaum, Orlan, Philippsburg, Piltallen, Pirmasens, Prien, Reinfeld, Rochlitz, Rosenburg, Sachwitz, Sensburg, Soldau, Trittau, Wasserburg, Westerhausen, Zwönitz. Darunter sind allein zehn Zahlstellen, die in der von den Russen so hart bedrängt gewesenen Provinz Ostpreußen belegen sind. In allen vorbenannten Orten dürfte es gar nicht schwer halten, nach Beendigung des Krieges die Zahlstellen sofort wieder aufleben zu lassen. Eine Zahlstelle ist, wie schon erwähnt, zu einer andern übergetreten, nämlich Durlach zu Karlsruhe.

Seit dem Jahre 1911 betrug am Schlusse des ersten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1911.....	727	1913.....	797
1912.....	773	1914.....	822
1915.....	735		

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 1914 31 381. Im Laufe des ersten Quartals 1915 betrug der Zugang 4675, der Abgang 8870 Mitglieder (inklusive 4803 zum Militär eingezogener). Der Mitgliederbestand war somit am Schlusse des ersten Quartals 1915 27 186. (Die weiterhin abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Mitgliederfluktuation eingehender.)

Seit dem Jahre 1911 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals:

1911.....	55 790	1913.....	62 501
1912.....	60 966	1914.....	60 416
1915.....	27 186		

Seit Ausbruch des Krieges bis zum Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres waren zum Militär eingezogen insgesamt 29 198 Mitglieder. Zusammen mit den noch vorhandenen 27 186 Mitgliedern würde sich somit ein Bestand ergeben von 56 384. Das ist gegenüber dem ersten Quartal 1914 ein Weniger von 4032.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir gleichzeitig auf die Differenz aufmerksam machen zwischen den in den Abrechnungen enthaltenen Angaben über die zum Militär eingezogenen Mitglieder und unsern regelmäßigen statistischen Feststellungen über den Mitgliederbestand. Nach den Angaben in den Abrechnungen standen, wie schon erwähnt, am Schlusse des Berichtsquartals 29 198 Mitglieder unter den Waffen; nach dem endgültigen Ergebnis der statistischen Feststellungen vom 27. März dieses Jahres 26 841, also 2357 weniger. Hier zeigt sich, was wir schon wiederholt betonen mußten, daß

unsere statistischen Feststellungen noch bei weitem nicht überall das notwendige Verständnis finden, sonst könnte diese Differenz gar nicht entstehen.

Die jedesmalige Zu- (+) beziehungsweise Abnahme (-) der Mitgliederzahl betrug seit 1911 im ersten Quartal:

1911.....	+ 1240	1913.....	+ 509
1912.....	+ 1646	1914.....	+ 585
1915.....	- 4195		

Die Mitgliederabnahme im Berichtsquartal bleibt mit 4195 hinter der Zahl der zum Militär eingezogenen Mitglieder von 4803 zurück, und zwar um 608. Faktisch wäre sonach noch eine Mitgliederzunahme von 608 zu verzeichnen, die noch etwas höher ist als im ersten Quartal 1914.

Wie sich in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Landesteilen des Deutschen Reiches die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltet, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals 1915 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Bundesstaaten und Landesteile	1914		1915		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	Mitgl.	Zahlst.	Mitgl.	Zahlst.	Mitgl.
Ostpreußen	27	1367	17	349	-10	-1018
Westpreußen	17	1621	12	652	-5	-969
Brandenburg	76	4917	75	2934	-1	-1983
Pommern	48	1806	45	892	-3	-914
Rosen	20	708	15	180	-5	-528
Schlesien	65	4144	59	1626	-6	-2518
Provinz Sachsen	69	3767	62	1671	-7	-2096
Schleswig-Holstein	54	2499	47	1133	-7	-1366
Hannover	51	2914	48	1425	-3	-1489
Westfalen	25	1628	23	449	-2	-1179
Hessen-Nassau	18	2266	14	866	-4	-1400
Rheinland	21	2343	17	1164	-4	-1179
Königreich Preußen	491	29980	434	13341	-57	-16639
Königreich Bayern	55	3908	49	1694	-6	-2214
Rheinpfalz	6	355	6	142	-	-213
Königreich Sachsen	63	11653	59	5679	-4	-5974
Württemberg	20	1391	17	420	-3	-971
Baden	14	997	10	427	-4	-570
Hessen	9	646	6	291	-3	-355
Mecklenburg-Schwerin	50	1563	50	966	-	-597
Sachsen-Weimar	11	745	11	325	-	-420
Mecklenburg-Strelitz	9	299	9	181	-	-118
Oldenburg	10	690	9	203	-1	-487
Braunschweig	13	639	13	343	-	-296
Sachsen-Meiningen	9	416	8	131	-1	-285
Sachsen-Altenburg	8	481	8	178	-	-303
Sachsen-Coburg-Gotha	7	575	7	299	-	-276
Anhalt	11	426	8	218	-3	-213
Schwarzburg-Rudolstadt	7	221	6	91	-1	-130
Schwarzb.-Sondershausen	2	89	2	27	-	-62
Waldeck	2	47	1	2	-1	-45
Neuß ältere Linie	2	120	2	43	-	-77
Neuß jüngere Linie	4	266	3	113	-1	-153
Schaumburg-Lippe	3	80	3	38	-	-42
Lippe-Deimold	3	57	3	15	-	-42
Lübeck	2	263	1	156	-1	-107
Bremen	1	964	1	475	-	-489
Hamburg	4	2603	4	1218	-	-1385
Elb-Lothringen	6	867	5	150	-1	-717
Einzelzahler der Hauptkasse	-	75	-	25	-	-50
Deutsches Reich insgesamt	822	60416	735	27186	-87	-33230

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im ersten Quartal 1915 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Ortsgrößenklassen	1914		1915		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	Mitgl.	Zahlst.	Mitgl.	Zahlst.	Mitgl.
Über 100 000 Einwohner	42	26010	41	13061	-1	-12949
Von 20 000 bis 100 000 E.	149	13702	141	5695	-8	-8007
" 5 000 " 20 000 "	319	12553	290	5043	-29	-7510
" 2 000 " 5 000 "	208	5580	180	2384	-28	-3196
Unter 2 000 Einwohnern	104	2496	83	978	-21	-1518

## Finanzgebaren.

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen ist im ersten Quartal immer niedriger als in den andern Quartalen, da nur für einen Monat regelmäßige Beiträge erhoben werden.

Seit 1911 stellt sich die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen im ersten Quartal wie folgt:

1911.....	M. 318 208,04	1913.....	M. 414 019,35
1912.....	" 408 921,19	1914.....	" 344 181,93
1915.....	M. 187 650,18		

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus Eintrittsgebühren M. 1433,50, Zentralfondswochenbeiträgen M. 92 688,70, Lokalfondswochenbeiträgen M. 35 738,19 und sonstigen Einnahmen M. 57 789,79.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1911 im ersten Quartal:

1911.....	M. 125 965,57	1913.....	M. 182 994,44
1912.....	" 149 466,66	1914.....	" 208 816,73
1915.....	M. 171 127,-		

An die Verbandshauptkasse wurden seit 1911 im ersten Quartal eingekandt:

Jahr	In tausenden Beiträgen		Für den Streitfonds		Summa	
	M.	A.	M.	A.	M.	A.
1911.....	307165	40	1067	35	308232	75
1912.....	233363	40	132	60	233496	-
1913.....	222435	95	-	-	222435	95
1914.....	186490	40	-	-	186490	40
1915.....	92688	70	-	-	92688	70

Die Ausgaben der Verbandshauptkasse, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1911 im ersten Quartal:

1911.....	M. 591 875,89	1913.....	M. 795 629,79
1912.....	" 754 744,70	1914.....	" 803 924,29
1915.....	M. 341 109,11		

Für Streik- und Gemafregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1911 im ersten Quartal:

Jahr	Streikunterstützung		Gemafregelunterstützung		Für Agitation		Summa	
	M.	A.	M.	A.	M.	A.	M.	A.
1911.....	31226	24	2092	19	42066	39	75384	82
1912.....	21393	79	3278	64	37122	28	61794	71
1913.....	20081	30	2546	77	40827	88	63455	95
1914.....	17686	46	6898	09	37760	76	62345	31
1915.....	5793	05	597	82	28206	64	34597	51

An Arbeitslosen- und Reiseunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1911 im ersten Quartal:

Jahr	Arbeitslosenunterstützung		Reiseunterstützung		Summa	
	M.	A.	M.	A.	M.	A.
1911.....	420478	50	17196	75	437675	25
1912.....	597013	75	22084	10	619097	85
1913.....	596974	50	23883	75	620858	25
1914.....	646242	25	17795	-	664037	25
1915.....	141863	70	957	45	142821	15

Außerdem wurde im ersten Quartal 1915 an die Familien der zum Militär eingezogenen Mitglieder M. 111 160 Unterstützung ausgezahlt.

Aus den Lokalkassen wurden nach den Angaben in den Abrechnungen an Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer sowie an Liebesgaben für im Felde stehende Kameraden ausgegeben: im dritten Quartal 1914 in 81 Zahlstellen M. 23 045,45, im vierten Quartal 1914 in 219 Zahlstellen M. 31 799,75 und im ersten Quartal 1915 in 143 Zahlstellen M. 29 844,64, zusammen M. 84 689,84. Da eine Anzahl Zahlstellen ihre lokalen Ausgaben nicht genau spezialisiert haben, dürfte sich diese Summe noch erheblich höher stellen.

Seit Bestehen der Arbeitslosenunterstützung in unserm Zentralverbande (1. Dezember 1905) wurden seitens unserer Verbandshauptkasse für diesen Unterstützungs-zweig M. 4 647 554,65 ausgegeben.



Mitgliederfluktuation in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Landesteilen im ersten Quartal 1915.

Table with columns: Bundesstaaten beziehungsweise Landesteile, Mitgliederzugang (Eingetreten, Wieder eingetreten, Aus andern Bahlstellen angemeldet, Restanten, Aus andern Organisat. übergetreten, Zusammen), Mitgliederabgang (Ausgeschlossen, Ausgetreten, Gefricken, Gestorben, Abgemeldet, Abgemeldet zum Militär, Restanten, Zu andern Organisat. übergetreten, Zusammen). Rows list various German states like Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, etc.

Mitgliederfluktuation nach Ortsgrößenklassen im ersten Quartal 1915.

Table with columns: Ortsgrößenklassen, Mitgliederzugang, Mitgliederabgang. Rows show population classes: 1. über 100000 Einwohner, 2. von 20000 bis 100000 G., etc.

Mitgliederfluktuation im ersten Quartal 1915 überhaupt im Vergleich mit demselben Quartal der Vorjahre.

Table with columns: Jahr, Mitgliederzugang, Mitgliederabgang. Rows show years from 1911 to 1915.

Vermögensausweis unseres Zentralverbandes seit 1911 am Schlusse des ersten Quartals.

Table with columns: Jahr, Bestände in den Bahlstellen, In den Bahlstellen verbliebene Hauptkassengelder, Bestand in der Hauptkasse, Summa. Rows show years 1911 to 1915.

Beachtenswertes für Kriegsteilnehmer und deren Familien.

I. Zur Familienunterstützung. Das Gesetz vom 4. August 1914 behandelte diese Frage nicht erschöpfend und sind deshalb auch diverse Verordnungen ergänzend erlassen worden, die wir unsern Lesern fast alle zur Kenntnis gebracht haben. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler hat der Minister des Innern nun ferner angeordnet, daß Erweiterungen hierin Platz greifen sollen. Es soll in Zukunft den erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern der aktiven Mannschaften Unterstützung gewährt werden, wenn diese als einzige Ernährer auf Reklamation zurückgestellt, später aber zum Heeresdienst eingezogen worden sind. — Ferner rechnen in Zukunft auch die unehelichen, erst nach dem Tode der in den Heeresdienst eingetretenen unehelichen Väter geborenen Kinder zu den unterstützungsbedürftigen Personen. — Desgleichen sind uneheliche Kinder, die eine fremde Staats-

angehörigkeit (auch die einer feindlichen Macht) besitzen, unterstützungsberechtigt, wenn sich diese im Inlande befinden und die unehelichen Väter ins deutsche Heer eingetreten sind. Auch erhalten die unehelichen, im Inlande befindlichen Kinder deutscher Väter, deren Väter österreichisch-ungarische Staatsangehörige und in das österreichisch-ungarische Heer eingestellt sind, Familienunterstützung, was ebenfalls beachtet werden möchte.

II. Zur Steuerbefreiung.

Zur Steuerbefreiung für Kriegsteilnehmer hat der preussische Finanzminister betreffs Zustellung von Steuerzetteln an Kriegerfamilien verfügt, daß die Zustellung des Steuerzettels — Veranlagung — nur rechtswirksam sein kann, wenn diese an den Kriegsteilnehmer selbst erfolge. Ferner solle die Zustellung des Steuerzettels in Zukunft als ausgeschlossen gelten an die Kriegsteilnehmer und dürfe die Frist zur Reklamation nicht als laufend gerechnet werden. Auch läge keine Veranlassung zu einer Beurlaubung vor, weil nach § 70 des Einkommensteuergesetzes für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche mit einem Einkommen von nicht mehr als M 3000 veranlagt sind, die veranlagte Steuer für diejenigen Monate, in denen diese sich im aktiven Dienst befinden, nicht zur Erhebung gelangen könne. Sollte dennoch irgendwo das Gegenteil geschehen, wird der Beschwerdeweg zu empfehlen sein, wo den Betroffenen ihr Recht werden muß. Hauptsächlich wird in den andern Bundesstaaten in Zukunft ähnlich verfahren werden.

III. Zur Beschränkung der Pfändungsgrenze.

Unter dem 17. Mai 1915 hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen, wonach an Stelle der für die Pfändbar-

keit bisher maßgebenden Summe von M 1500 die Summe von M 2000 tritt. Hieraus ergibt sich nun ohne weiteres, daß in gleicher Weise die Aufrechnung sowie die Abtretung und Pfändung solcher Ansprüche beschränkt ist. Dieser Verordnung ist rückwirkende Kraft beigelegt, indem eine vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung vorgenommene Zwangsvollstreckung, Aufrechnung, Abtretung oder Verpfändung hinsichtlich später werdender Bezüge ihre Wirksamkeit verliert, soweit sie bei Anwendung der Verordnung unzulässig sein würde. Diese Reform ist nur zu begrüßen, weil sie für alle Familien gilt und da die Vertreter der Arbeiterklasse diese schon früher häufig gefordert hatten. Es ist diese ferner auch nur gerecht, weil alltäglich eine Teuerung für die arbeitende Klasse bedauerlicherweise zu verzeichnen ist.

IV. Böhnung der Kriegsgefangenen.

Denjenigen Angehörigen, deren Ernährer der in Gefangenschaft befindliche Löhnungsempfänger ist, kann die volle Löhnung oder ein Teil derselben vom Bataillonskommando auf Antrag bewilligt werden. Den Angehörigen von Gehalt empfangenden Kriegsgefangenen kann das Divisionskommando bis zu sieben Zehntel des Gehalts bewilligen.

Sämtliche stellvertretenden Kommandobehörden sind vom Kriegsministerium auf diese unter Kriegsbevollmächtigtenvorschrift enthaltene Bestimmung noch besonders hingewiesen worden mit dem Ersuchen, die nachgeordneten Dienststellen zu veranlassen, Angehörigen von Kriegsgefangenen entsprechende Auskunft zu geben und ihnen zur Erlangung der Bewilligung beifällig zu sein.

Es dürften die Frauen der Kriegerfamilien nur folgendes an die zuständigen Kommandos schreiben:



An das Bataillonskommando des . . . Regiments in . . . Da mein Gemann, der Musiketier (oder Landwehrmann) . . . beim . . . Regiment in Frankreich (oder andern feindlichen Staat angeben) in Gefangenschaft geraten ist, beantrage ich Zuerkennung beziehungsweise Ueberweisung seiner Löhnung an mich nebst Familie. Zur Bestätigung meiner Angaben füge ich seinen Brief (oder Karte) aus der Gefangenschaft anbei und übersende auch auf Ersuchen des Kommandos den Ausweis zur Berechtigung der Kriegsunterstützung. Eine baldige Erledigung erwartend, zeichnet ergebenst  
Chefrau . . . in . . . Straße . . .

Hierauf wird ohne weiteres die Löhnung des Kriegsgefangenen ausbezahlt werden, da es auf Anweisung des Kriegsministeriums in Berlin geschehen müsse. Mögen die Kriegerfamilien in der jetzigen teuren Zeit, sobald der Ernährer in Gefangenschaft geraten sein sollte, hiervon Notiz nehmen und danach handeln.

**V. Gnadenlöhnung.**

Nach § 29 des Militärhinterbliebenengesetzes kann den Hinterbliebenen eine sogenannte Gnadenlöhnung gewährt werden. Geht es hier, so ist es zulässig, daß die Hinterbliebenenrente erst von dem Tage an gezahlt wird, wo die Zahlung der Gnadenlöhnung aufhörte! Da nun die Gnadenlöhnung niedriger ist als die Hinterbliebenenrente, so sollten die Hinterbliebenen die erstgenannte Löhnung gar nicht verlangen. Andere Intendanturen verfahren wieder anders, indem den Hinterbliebenen die Gnadenlöhnung bei vollzogener Zahlung wieder von der Hinterbliebenenrente abgezogen wird. Nachstehendes Beispiel gibt Aufschluß hierüber. Es wurden einer Witwe nebst Kind gewährt, dessen Ernährer am 23. August 1914 gefallen war im Felde:

1. Waisengeld . . . . .	von jährlich M. 60,—
2. Kriegs-Waisengeld . . . . .	" " " 108,—
3. Witwengeld . . . . .	" " " 300,—
4. Kriegs-Witwengeld . . . . .	" " " 100,—
Summa . . . M. 568,—	

wobon M. 56,70 Gnadenlöhnung abgezogen wurden (drei Monate). Bezogenannte Maßnahmen der Intendanturen sind ja für die Kriegerfamilien günstig, aber leider verfahren nicht alle so, so daß von der Beantragung der sogenannten Gnadenlöhnung abgesehen werden möchte im Interesse der Kriegerfamilien. Daß neben der Rente noch Gnadenlöhnung gezahlt werde, ist ein Irrtum, so daß jede Kriegerfamilie sich die unnützen Wege hierin ersparen möchte. Sind dennoch Zweifel in oben erwähnten Dingen vorhanden, so wolle man sich an die zuständigen Institutionen der Arbeiterorganisationen wenden, wo sicherlich Klärung gewirkt und Zweifel behoben werden. R. V.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

(Aus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 26 vom 26. Juni 1915.)

So bedeutsam die politischen und militärischen Ereignisse in den letzten Wochen gewesen sind und so günstige Ausichten sich besonders daraus für Deutschland und seine Verbündeten entnehmen lassen, so wenig haben sich die bisherigen Formen der Kriegswirtschaft in den einzelnen Ländern und besonders auch in Deutschland verändert. Durch den Eintritt Italiens in die Schar unserer Feinde sind allerdings gewisse, bisher noch vorhandene Zufuhrmöglichkeiten für Deutschland abgeschnitten worden; aber andererseits ist das deutsche Wirtschaftsleben doch nunmehr seit zehn Monaten zu sehr auf sich selbst gestellt gewesen, um von dieser Seite her noch eine neue Einbuße erfahren zu können. Zudem hat, insbesondere was die Nahrungsmittelversorgung angeht, eine so großzügige und weitgehende Bewahrung des Bodens, eine so außerordentliche Ausdehnung der deutschen Landwirtschaft stattgefunden, daß bei auch nur einigermaßen günstigen Witterungsverhältnissen die aus der Ernte sich ergebenden Erträge in vollem Umfange den Bedürfnissen genügen werden.

Die Geldmarktverhältnisse sind weiterhin flüssig geblieben, da nunmehr die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe im großen und ganzen geleistet sind, andererseits sonstige Anlagen von Geldmitteln nicht stattfinden, so daß den Banken reichliche Mittel zur Verfügung stehen. Die Kriegsverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß im Mai nur 9,88 Millionen Mark in Gründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und G. m. b. H. investiert worden sind gegen 208,8 Millionen Mark im Mai 1914. Seit Anfang dieses Jahres wurden 174 1/2 Millionen Mark in Gründungen und Erhöhungen eingebracht gegen 578 1/2 Millionen Mark im entsprechenden Vorjahrszeitraum, seit Anfang des Krieges 435 Millionen Mark gegen 1074 Millionen Mark. Diese interessante Statistik beweist schlagend das Zurückgehen der Anlagetätigkeit, um so mehr, wenn man bedenkt, daß zu Beginn des Krieges eine Reihe von Mitteln für eine Anzahl sogenannter Kriegsgründungen (Kriegskreditbanken und Kriegswarengesellschaften) beansprucht worden sind, nach deren Berücksichtigung sich der Unterschied gegenüber dem Vorjahre noch schärfer bemerkbar macht, da es sich ja in diesem Falle um Gesellschaften handelt, die ihre Kapitalien nur ganz mäßig verzinsen. Tägliches Geld hat in den letzten Wochen etwa 2 1/4 bis 3 pZt. gewertet, während der Privatdiskont sich zwischen 3 1/2 und 4 pZt. bewegte, derart, daß er seinen niedrigsten Stand Ende des Monats Mai einnahm. Die Wechselkurse, die vorübergehend wieder etwas mehr zu Deutschlands Gunsten gestanden haben, haben im Mai wieder eine kleine Verschlechterung erfahren, da Italien als regulierender Faktor für die deutsche Einfuhr in Fortfall gekommen ist und andererseits damit der Bedarf in schweizerischen, holländischen und

skandinavischen Zahlungsmitteln gestiegen ist. Die Devisen-Holland stieg wieder auf etwa 194 an.

Bei der Reichsbank läßt sich ein weiteres Zunehmen der Goldbestände beobachten. Nach dem Ausweise von Mitte Juni ist der Metallbestand auf 2433,5 Millionen Mark angewachsen, darunter 2382 Millionen Mark Gold. Wenn auch verlangsamt, ist der Goldbestand des Zentralnoteninstituts bis in die letzten Wochen weiter gestiegen. Die metallische Notendeckung stellte sich Mitte Juni auf 46,4 pZt. und hat in den letzten Wochen im Durchschnitt keine Verschlechterung erfahren. Nach einem Höchststand von 47,2 pZt. am 23. Mai trat ein tiefer Stand von 45,7 pZt. Ende Mai ein. Das Wechselkonto stellte sich auf 4294 Millionen Mark, der Notenumlauf auf 5244 Millionen Mark. Die Börsentätigkeit ist in den letzten Wochen weniger ausgesprochen lebhaft gewesen. Die Umsätze im freien Verkehr haben sich verringert, die Stimmung war vor dem Eintritt Italiens in den Krieg eine wenig günstige und lustlose, dann aber hat sich die Tendenz im Hinblick auf den günstigen Fortgang der militärischen Operationen weiter befestigt. Daß man in Deutschland von einer wirklichen Oeffnung der offiziellen Börse noch weit entfernt ist, zeigte der Entschluß der Großbanken, sich an dem freien Verkehr von Anfang Juni ab zu beteiligen. Bevorzugte Papiere blieben an der Berliner Börse wie bisher die heimischen Anleihen, die Anleihen der Bundesgenossen, daneben auch Kriegs- und Munitionswerte, auch wohl Aktien der deutschen Erdölgesellschaft, in denen bekanntlich ein lebhafter Interessentampfung der Bankgruppen hervortrat.

Was die einzelnen Warenmärkte und Industriegelände betrifft, so sind, um mit dem Getreidemarkt zu beginnen, über den Saatensand in Deutschland nur Privatmitteilungen, aber keine offiziellen Meldungen laut geworden. Die Winterfrüchte haben sich günstig entwickelt, wenn sie auch durch die Trockenheit etwas beeinflusst worden sind. Weniger günstig dürften sich die Sommerfrüchte bislang entwickelt haben. So notwendig auch reichlicher Regenfall ist und in manchen Gegenden schwer vermisst wird, so wird man trotz alledem noch keinerlei Beunruhigungen hegen dürfen. Als sehr erfolgreich haben sich die Maßnahmen über die Sicherung der Getreidevorräte erwiesen. Die scharfen Einschränkungen, die besonders im Verbrauch von Weizenmehl Platz gerissen haben, haben zur Aufhäufung reichlicherer Bestände geführt. Die Herabsetzung der Wehlpreise seitens der Kriegsgetreidegesellschaft sind ein Zeichen dafür, daß die seit Januar und Februar durchgeführten Maßnahmen einen durchschlagenden Erfolg gehabt haben. Für den Rückgang der Kartoffelpreise ist es allerdings schwieriger, eine Erklärung zu finden. Das starke Angebot läßt aber jedenfalls darauf schließen, daß besonders große Bestände von Landwirten zurückgehalten worden sind, die sich nunmehr derselben ganz entäußern möchten. Im Gegensatz zu andern Ländern, namentlich England, wo die Getreidepreise trotz ungehemmter Zufuhr einen seit Jahrzehnten nicht erlebten Höchststand eingenommen haben, kann Deutschland seine durch Höchstgrenze festgesetzten Getreidepreise immerhin noch als verhältnismäßig mäßige bezeichnen. Daß natürlich ausländische Futtermittel einen außerordentlich hohen Stand behaupten, bleibt bei den geringen Beständen und der erschwerten Zufuhr nicht verwunderlich.

Der Rohlenmarkt hat die Festigkeit der früheren Monate bewahrt, was darin begründet liegt, daß die Förderleistungen kaum eine Vergrößerung erfahren haben, da auch die Einberufung der Bergarbeiter anhält, während eine Beschäftigung von Kriegsgefangenen im Bergbau untunlich erscheint und auch die zeitweise stärker herangezogenen italienischen Arbeiter inzwischen Deutschland verlassen haben. Die Lage des Eisenmarktes weist keine besonderen Veränderungen auf. Nach den bedeutenden Preiserhöhungen im April haben im Mai die Preise im großen und ganzen ihren Stand behauptet, wenn sie auch auf einzelnen Gebieten noch weiter angezogen haben. Die Hoheisenzeugung zeigt gegenüber den Vormonaten eine weitere langsame Erhöhung und stellt sich wie bisher auf etwa 60 pZt. der normalen Erzeugung. Ungefähr auf dem gleichen Niveau bewegt sich der Versand des Stahlwerksverbandes, der allerdings im Mai mit 288 566 Tonnen gegen 306 115 Tonnen im April einen Rückgang aufzuweisen hat. Der Auslandsversand für die Erzeugnisse des Verbandes hat infolge der neuesten politischen Ereignisse (des Krieges mit Italien) eine weitere Einschränkung erfahren; andererseits haben die Staatsbahnverwaltungen zum Teil ihren Bedarf für das Rechnungsjahr 1916 aufgegeben oder dürften in nächster Zeit mit ihren Bestellungen herauskommen. Der Inlandsabsatz für Formeisen hat im Mai gegenüber den Vormonaten gleichfalls etwas zurückgestanden, da die Bautätigkeit mit dem Herannahen der heißen Monate wiederum eine entschiedene Verlangsamung zeigt. Hervorzuheben sind die in den letzten Wochen gepflogenen Verhandlungen zur Begründung eines deutschen Rohstahlbundes, der außer den im Stahlwerksverbande kontrollierten A-Produkten auch eine Syndizierung der Weiterfabrikate, wie Stabeisen, Bleche, Walzdrht, umfassen soll. Von den Metallen kommt für Deutschland nur ein freier Handel von Zink und Blei in Betracht. Hier ist zu beobachten, daß im Gegensatz zu England, dessen Zinpreise das Vierfache der normalen Preise überschreiten, in Deutschland kaum eine weitere Erhöhung stattgefunden hat. Trotz der Beschlagnahme der Kupfer- und Zinnvorräte ist in der Privatindustrie ein direkter Mangel nicht eingetreten, allerdings wird man sich nicht verhehlen dürfen, daß eine Beschlagnahme überhaupt wie der ganze Weiterverkauf des Krieges hemmend auf alle Metallfabrikationen, soweit sie nicht Seereszwecken dienen, eingewirkt hat.

Der Arbeitsmarkt hat infolge weiterer Einziehungen zum Seeresdienst ein abermaliges Nachlassen des Angebots hervorgerufen, während andererseits eine Anzahl von Industriezweigen besser als in den Vormonaten beschäftigt ist. Im April kamen auf 100 offene Stellen männlicher Arbeiter nur 100 Angebote gegen 161 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Was den weiblichen Arbeits-

markt betrifft, so hat dieser allerdings eine wesentliche Verschlechterung erfahren, indem auf 100 offene Stellen 165 Arbeituchende kamen gegen nur 94 im April 1914.

Ueber die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird man bestimmte Voraussagen nicht machen können. Sie ist eng geknüpft an die weitere Dauer und den voraus-sichtlichen Ausgang des Krieges, an die mehr oder weniger starke Entziehung weiterer Arbeitskräfte und deren erfolgreicher Ersatz, nicht zum wenigsten aber auch an den Ausfall der Ernte. Irgegendwelche Zeichen einer Verschlechterung des deutschen Wirtschaftslebens liegen in keiner Weise vor, so daß man hoffen darf, daß Deutschland auch in den kommenden Wochen und Monaten seine Kriegswirtschaft ebenso erfolgreich wie bisher und allen Gegnern und Feinden zum Trotz weiter erfolgreich führen wird.

**Internationale Nachrichten.**

**Die Wirtschaftsverhältnisse im Indischen Reich.**

Indien, für das sich seit Kriegsbeginn ungleich mehr Interesse zeigt als jemals zuvor, ist eine britische „Kolonie“ in Süd- und Mittelasien. Das Land umfaßt 4 860 000 Quadratkilometer, es ist also gerade viermal so groß als das Deutsche Reich, Oesterreich und Ungarn zusammen. Die Einwohnerzahl (die sich nur langsam vermehrt) betrug 1911 über 315 Millionen; diese Zahl entspricht etwa drei Vierteln der Bevölkerungszahl ganz Europas. In politischer Beziehung besteht Indien aus 14 britischen Provinzen und einer großen Zahl von Eingebornenstaaten, die ihre inneren Angelegenheiten selbst regeln. Die meisten Eingebornenstaaten sind klein, doch gibt es auch noch einige bedeutende Reiche einheimischer Fürsten, deren größtes, Haiderabad, an Ausdehnung Großbritannien fast gleichkommt.

Vor der britischen Herrschaft bildete Indien niemals eine politische Einheit, da einem solchen Zustande die große Verschiedenheit der Rassen, Sprachen, Glaubensbekenntnisse und sozialen Zustände nicht günstig war. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sind die verschiedenen Gebiete Indiens sehr ungleichartig entwickelt. In manchen Landesteilen hat sich eine nennenswerte kapitalistische Industrie ausgebildet, doch wiegen einfachere Wirtschaftssysteme vor, und in weiten Gebieten ist die Wirtschaftsentwicklung nicht über die primitivsten Formen hinausgediehen. Wir können uns hier nicht darauf einlassen, diesen Verschiedenheiten weiter nachzugehen. So gegensätzlich die Wirtschaftsverhältnisse in den verschiedenen Regionen Indiens auch scheinen mögen, e i n e s gilt fast für alle Gebiete: Ein starkes Ueberwiegen der Landwirtschaft, namentlich des Bodenbaues, während die Tierzucht im größeren Teile Indiens sehr nebensächlich ist, da im Bereich des Hinduismus — der herrschenden Volksreligion — der Fleischgenuß verpönt ist. Bergbau, Industrie, Handel und Verkehrswesen stehen an volkswirtschaftlicher Bedeutung hinter der Landwirtschaft stark zurück. Das geht deutlich aus der folgenden Tabelle hervor, die auf dem letzten indischen Berufszählungsberichte beruht. Die Erwerbstätigen und die Gesamtbevölkerung verteilten sich 1911 nach dem Hauptberuf wie folgt:

	Erwerbstätige		Bevölkerung	
	überhaupt	pZt.	überhaupt	pZt.
Landwirtschaft . . . . .	105 335 379	70,7	224 695 900	71,7
Fischerei und Jagd . . . . .	865 053	0,6	1 854 583	0,6
Bergbau usw. . . . .	308 449	0,2	529 609	0,2
Industrie . . . . .	17 515 230	11,8	35 823 041	11,3
Transportwesen . . . . .	2 394 882	1,6	5 028 978	1,6
Handel . . . . .	8 101 406	5,4	17 839 102	5,7
Oeffentlicher Dienst . . . . .	2 039 945	1,4	5 046 591	1,6
Freie Berufe . . . . .	2 253 639	1,5	5 325 357	1,7
Rentner usw. . . . .	206 070	0,2	540 175	0,2
Häusl. Dienstboten . . . . .	2 725 856	1,8	4 599 080	1,5
Unge nau bezeichnete Berufe . . . . .	5 067 700	3,4	9 236 217	2,9
Anstaltsinsassen . . . . .	124 563	0,1	132 610	—
Bettler, Diebe, Hehler, Prostituierte, Zuhälter usw. . . . .	1 946 831	1,3	—	—
Zusammen . . . . .	148 885 003	100,0	318 470 014	100,0

Die Einfachheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die noch heute in Indien herrscht, wird klar, wenn wir die Tatsache feststellen, daß über neun Zehntel der Bevölkerung des Reiches ihren Lebensunterhalt durch Ausübung jener Berufe gewinnen, die in jedem Dorfe vertreten sind. Von den westlichen und östlichen Grenzgebieten abgesehen, bildete bis in die jüngste Zeit das Dorf eine in der Hauptsache geschlossene Wirtschaftsgemeinschaft, die nur in geringem Maße von andern Gemeinwesen wirtschaftlich abhängig war. Innerhalb der Dorfgemeinschaften waren die Funktionen jeder Person genau geregelt, ebenso wie die Entschädigung, die jeder für seine Tätigkeit zu erhalten hatte. Die Konkurrenz war durch die Kastenregeln ausgeschlossen. In den rückständigen Gebieten, wie zum Beispiel Zentralindien und Radschputana, hat sich die alte Wirtschaftsorganisation noch fast intakt erhalten, aber in andern Landesteilen ist die Auflösung der Dorfgemeinschaft mehr oder minder weit fortgeschritten. Der europäische Einfluß bewirkt, daß die Angehörigen der niedrigen Kasten nach einer besseren Lebenshaltung streben und geneigt sind, die traditionelle Beschäftigung aufzugeben. Die Verkehrsmittel wurden unter britischer Herrschaft in bedeutendem Maße ausgestaltet, was den ehemals sehr geringen Wandertrieb verstärkte und zum Verfall der Dorfgemeinschaft beitrug. Die Verbilligung der Transportkosten förderte das Aufkommen der einheimischen Industrie und zugleich die Lokalisation einzelner Industrien in für sie besonders geeigneten Gegenden. Die



Masseneinfuhr billiger europäischer Waren führte zum Niedergang mancher Dorfindustrien. In allerjüngster Zeit veranlaßten auch die hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte viele Handwerker, ihre frühere Tätigkeit aufzugeben und sich der Landwirtschaft zuzuwenden.

In den außerhalb des hinduistischen Kulturkreises gelegenen Gebieten bildete die Dorfgemeinschaft niemals eine wirtschaftliche Einheit; dort war die Lokalisation der Gewerbe und der Handel mit den gewerblichen Erzeugnissen von jeher ausgebildet.

In den Baugewerben waren 1911 im indischen Reich 1 940 322 Personen erwerbstätig, die sich nach Berufsgruppen und dem Geschlecht wie folgt verteilten:

	Männliche Personen	Weibliche Personen
Zimmerer, Säger, Tischler usw.....	929 065	49 142
Maurer, Steinmetzen usw.....	478 885	90 698
Deichgräber, Brunnenmacher usw....	127 365	85 666
Kalk- und Zementarbeiter usw.....	15 894	9 436
Dachdecker, Maler, Installateure usw..	130 198	23 975
Zusammen...	1 681 407	258 915

Die Frauenarbeit ist also in den Baugewerben Indiens noch sehr verbreitet, doch ist zu bedenken, daß auch Personen, die bloß mithelfen, als „Erwerbstätige“ gezählt wurden.

Die Zahl der abhängigen Angehörigen, welche die in den Baugewerben erwerbstätigen Personen zu erhalten hatten, betrug 1911 2 647 310; davon trafen auf die Berufsgruppe Zimmerer, Säger, Tischler usw. 1 546 932. Eine Gliederung der Berufstätigen in Selbständige, Angestellte und Lohnarbeiter wurde nicht versucht. Von allen 978 202 im Zimmergewerbe beschäftigten Personen trafen 744 822 auf die 14 britischen Provinzen und die übrigen 233 385 auf die Eingebornenstaaten. Nebenberuflich im Ackerbau tätig waren in den britischen Provinzen 102 885 männliche und 3425 weibliche Personen, die hauptberuflich Zimmerer usw. waren; in den Eingebornenstaaten waren 37 516 männliche und 1016 weibliche Zimmerer nebenbei auch landwirtschaftlich tätig.

## Verbandsnachrichten.

**Fritz Schrader**  
25 Jahre Verbandsvorsitzender

Rastlos eilt die Zeit dahin, ein Chaos von wechselreichen Ereignissen hinter sich zurücklassend. Ein Rückblick auf ein Vierteljahrhundert eigenes Leben und Wirken verursacht wohl in jedem Menschen die Empfindung — gleichviel in welcher Stellung und welchen Verhältnissen er sich befindet —, daß die Spanne Zeit doch gar schnell dahinging. Alles, was in derselben erlebt wurde, erscheint wie ein Traum aus jüngster Vergangenheit. Und doch sind 25 Jahre Gewerkschaftsleben mehr als ein Traum und für den, der wie Fritz Schrader diesen Zeitraum an der Spitze einer Gewerkschaft durchlebte, die ihm die Pflicht auferlegte, seine ganze Kraft für sie einzusetzen, für ihn bedeuten diese 25 Jahre eine Fülle aufreibender Tätigkeit.

Er, der am 1. Juli 1890, nachdem ihn der zu Pfingsten desselben Jahres in Frankfurt a. M. stattgehabte Handwerkertag zum Vorsitzenden ernannt hatte, seinen verantwortungsvollen Posten antrat, war sich dessen bewußt. In seinem in der Nummer 27 des Jahrganges 1890 des „Zimmerer“ erlassenen „Aufruf an die Mitglieder und Lokalverbandsvorstände“ ersucht er alle Freunde und Verbandsgenossen:

„Ihm in den ihm aufgetragenen Amte hilfreich zur Seite zu stehen, damit es ihm möglich sei, seine ganze Kraft dem Gesamtwohl der deutschen Zimmerer und der Arbeiterbewegung überhaupt zu widmen.“

Sierzu sollten ihm die im Rahmen der Zimmererbewegung sich abspielenden Ereignisse vollauf Gelegenheit bieten. Schon seine Tätigkeit als Vorsitzender der Zahlstelle Hamburg — als solcher fungierte er in der Zeit vom 7. Januar bis 17. Juni 1890 — legte ihm große Pflichten ob. Galt es doch, einen durch rigoroses Vorgehen der Hamburger Baugewaltigen einfachen Lohnkampf zu führen. Durch die inzwischen auf Fritz Schrader gefallene Wahl zum Verbandsvorsitzenden mußte er am 17. Juni den Zahlstellenvorstand abtreten. Gab es doch in allen Gauen Deutschlands genug zu tun, um die überall aufschäumenden Wogen der Lohnbewegungen und Aussperrungen zu glätten. Die ersten Jahre seines Waltens als Vorsitzender, anfangs der Neunziger, standen im Zeichen einer für das Baugewerbe recht fühlbaren Wirtschaftskrise. So kam es denn, daß trotz des Falles des Arbeiter-Ausnahmengesetzes, der manche Fesseln der Bewegungsfreiheit gewerkschaftlicher Aktion gesprengt hatte, die Mitgliederzahl zurückging; um so mehr hatte Fritz Schrader die Aufgabe, eine rührige Agitation unter den Zimmerern im ganzen Reiche einzuleiten, um verlorenes wiederzugewinnen und neue Streiter zu werben. Das ist ihm denn auch dank der Mithilfe aller agitatorischen Kräfte und der inzwischen erfolgten Neuregelung sowie entsprechender Ausgestaltung des Fachorgans „Der Zimmerer“ vollauf gelungen.

Umfangreiche Lohnbewegungen mit stetig wachsenden Erfolgen war das Resultat agitatorischer Ausnutzung des Konjunkturaufstieges; der Verband wuchs zusehends und mit

ihm die innere Genugtuung seines Vorstehenden, auf dem rechten Wege zu sein.

So ist die Zeit dahin geeilt, manches ist seit 25 Jahren anders geworden! Damals der Verband deutscher Zimmerleute mit 14 596 Mitgliedern in 243 Lokalverbänden — im 2. Quartal des Vorjahres ein 62 678 Mitglieder zählender Zentralverband der Zimmerer Deutschlands mit 821 Zahlstellen, dazu das gegenwärtige finanzielle Fundament des Verbandes gegenüber dem derzeitigen!

Das alles ist nicht von selber gekommen, sondern hat erungen werden müssen durch rastloses Wirken; innere und äußere Kämpfe haben manche Voreingenommenheiten, Meinungsverschiedenheiten klärend, beseitigen müssen, um der Bahn fruchtbringender Entwicklung des Verbandes die Wege zu ebneten. Wie für alle, die diese Zeit selbsttätig mit durchlebt haben, war sie auch für Fritz Schrader eine durch Aufregung und oftmalige Enttäuschung an der physischen und geistigen Kraft zehrend reiche. Das ist nun mal das Los jedes mit in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung stehenden Mannes.

Der Entwicklungsengang der beruflichen Lohnkämpfe und diese übergreifend auf die Abwehr- und Angriffsmaßnahmen der hauptgewerblichen Arbeitgeberverbände haben den Verband nicht Halt machen lassen vor den Grenzen Deutschlands, sondern ihm Veranlassung gegeben, auch mit ausländischen Zimmererorganisationen Verbindungen anzuknüpfen, welche ihre Grundlage auf dem im Jahre 1908 zu Berlin stattgehabten ersten internationalen Zimmererkongreß erhielten, wo Fritz Schrader zum internationalen Sekretär ernannt wurde; dieses Amt wurde ihm 1907 in Köln und 1913 auf dem dritten Kongreß erneut übertragen.

So blickt der mit der Zeit graudüpfig gewordene Acht- und fünfzigjährige heute auf eine zweiunddreißigjährige Mitgliedschaft im Verbandsverband und ein vor 25 Jahren begonnenes Wirken als Vorsitzender desselben zurück, hat außer dem Zimmererkongreß 1890 in Gotha vom achten Handwerkertage an alle späteren Generalversammlungen des Verbandes als Leiter, allen Gewerkschaftskongressen als Delegierter beigewohnt und auf vielen Verbandstagen ausländischer Bruderorganisationen die Vertretung des Verbandes innegehabt. Reich an Erfahrungen über Vorkommnisse innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kann Fritz Schrader somit von sich sagen, daß sein Name, außer mit der Zimmererbewegung, mit der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen eng verknüpft ist.

Daß er sich auch in den Dienst der kommunalen Arbeiterinteressen gestellt hat, beweist der Umstand, daß er seit dem 16. November 1911 Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft ist.

Leider fällt der Tag der Erinnerung an seinen Amtsantritt vor 25 Jahren in eine Zeit, die, eine solche des Burgfriedens genannt, die wichtigsten Aufgaben des Verbandes zur Ruhe zwingt; der größte Teil der Verbandskameraden ist durch die Verhältnisse gehalten, mit den rauhen Kriegerfäusten dem Schutze des Vaterlandes zu dienen. Aber es wird wieder anders werden — dann beginnt eine neue Periode gewerkschaftlicher Weibung — eine Periode, in der alle Kräfte angespannt werden müssen, um auch den Zentralverband der Zimmerer seinen eigentlichen Aufgaben wieder dienstbar zu machen. Damit harret auch des Jubilars weiteres Wirken der Verband, welcher ihm heute für seine bisherige pflichttreue Tätigkeit seine Glückwünsche darbietet.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Rassengeschäftliches.

Das zweite Quartal schloß mit dem 26. Juni ab; es müssen daher mit diesem Datum auch die Zahlstellenkassenbücher abgeschlossen werden. Die Abrechnung ist schnellstens aufzusehen und, nachdem dieselbe von den Revisoren geprüft ist, bis spätestens zum 15. Juli mit den einzuliefernden Zentralfondsbeiträgen und Ausgabebelegen an die Zentralkasse zu überweisen.

Gleichzeitig machen wir hiermit noch einmal darauf aufmerksam, daß die Quittungen für ausgezahlte Familienunterstützungen bis zum 15. Juni eingelangt sein sollten, eine Anzahl Zahlstellen diesen Termin aber nicht innehielt, wodurch eine unliebsame Verzögerung der Ueberstichtsmöglichkeit an der Zentrale und Störung eines korrekten Bücherabchlusses hervorgerufen wird. Wir sind daher gehalten, darauf hinzuweisen, daß wir Quittungen, welche nicht bis zum 6. Juli eingetroffen sind, nicht mehr in Zahlung nehmen können; diese Quittungen müßten wir vielmehr zurückweisen. Es liegt deshalb im eigenen Interesse der Zahlstellen, die genannten Quittungen sofort abzusenden und in den Fällen, wo es sich darum handelt, daß diese oder jene Familie noch nicht erfährt ist, dies der Zentrale mitzuteilen und weitere Anweisung abzuwarten.

Adolf Römer, Kassierer.

### Rechnungsabschluss

#### des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 1. Quartal 1915.

##### a) Lokalkassen. Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom Jahre 1914 ....	M. 890277,15
„ Lokalfondsbeiträgen .....	35738,19
„ sonstigen Einnahmen .....	57789,79
Summa ...	M. 983805,13

##### Ausgaben.

Per örtliche Aufwendungen .....	M. 171127,—
„ Vermögensbestände der Zahlstellen am Schluß des 1. Quartals .....	812678,13
Summa ...	M. 983805,13

##### b) Zentralkasse. Einnahmen.

An Vermögensbestand vom Jahre 1914 ....	M. 4088714,20
„ Guthaben in den Zahlstellen v. Jahre 1914 ..	217244,39
„ Eintrittsgebühren .....	1433,50
„ Zentralfondsbeiträgen .....	92688,70
„ Ertragsbeiträgen vom Jahre 1910 .....	26,80
„ diverser Verbandsliteratur .....	115,25
„ Bücherfutteralen .....	42,50
„ Duplikaten .....	18,—
„ Kopiertagemarten (Druckkosten) .....	43,20
„ Zinsen .....	55472,35
„ Diverses .....	490,68
Summa ...	M. 4456284,57

##### Ausgaben.

Per Agitation .....	M. 28206,64
„ Arbeitslosenunterstützungen .....	141863,70
„ Arbeitsvermittlung .....	324,74
„ Bauarbeiterbeschäftigung .....	5568,50
„ Familienunterstützungen (2. Rate) .....	111160,—
„ Flüchtlingsunterstützungen .....	1389,05
„ Gemäßigtenunterstützungen .....	597,82
„ Generalkommission, Beiträge .....	4142,56
„ Internationales Sekretariat .....	404,99
„ Konferenzen .....	506,85
„ Rechtsschutz .....	1284,05
„ Reichsversicherungsbeiträge .....	2638,85
„ Reiseunterstützungen .....	957,45
„ Statistikunkosten .....	1636,20
„ Streiks und Lohnbewegungen inklusive Unkosten für das Haupttarifamt .....	5793,05
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer“ .....	17410,06
„ verbranntes Handwerkszeug .....	356,30
„ Verwaltungsumkosten (zentrale) .....	13571,40
„ Verwaltungsumkosten (allgemeine und sachliche) .....	3296,90
„ Guthaben in den Zahlstellen am Schluß des 1. Quartals .....	45900,76
„ Vermögensbestand der Zentralkasse am Schluß des 1. Quartals .....	4069274,70
Summa ...	M. 4456284,57

Im Laufe des 1. Quartals stellten infolge Einberufung sämtlicher beziehungsweise fast sämtlicher Mitglieder 39 Zahlstellen ihre Tätigkeit ein, eine trat zu einer andern über, so daß am Schluß des 1. Quartals 785 Zahlstellen mit 27 186 Mitgliedern gezählt wurden.

Adolf Römer, Kassierer.

Obigen Rechnungsabluß mit den Büchern verglichen und für richtig befunden zu haben, bestätigen

H. Cate, zweiter Vorsitzender, Hamburg I, Gewerkschaftshaus.  
 Aug. Staal, Hamburg 25, Bürgerweide 22/8, II. } Revisoren.  
 Fritz Suber, Hamburg, Marienstr. 78 }

### Unsere Lohnbewegungen.

Ueber die Durchführung des Tarifvertrages und die Kriegsarbeitsgemeinschaft lesen wir im „Hannoverschen Tageblatt“ vom 18. Juni dieses Jahres: Kürzlich wurde von den Mitgliedern der Zahlstelle Hannover des Zentralverbandes der Zimmerer eine Versammlung abgehalten, in der auf Antrag eines Mitgliedes beschlossen wurde, den Zentralvorstand des Verbandes zu beauftragen, mit dem Arbeitgeberbund über die Gewährung einer Teuerungszulage zu verhandeln. Der Zentralvorstand teilte hierauf der hiesigen Zahlstelle mit, daß zwar von jedem einsichtigen Menschen die Berechtigung des Wunsches nach einer Teuerungszulage in der gegenwärtigen schweren Zeit ohne weiteres anerkannt werden müsse, daß er es sich aber angeht des grundsätzlichen ablehnenden Standpunktes des Arbeitgeberbundes bei solchen Gesuchen über die Tarifverträge hinaus versagen müsse, dem Wunsche der hannoverschen Kameraden in diesem Falle nachzukommen. Der Vorsitzende der Zahlstelle Hannover hatte schon bei Stellung des Antrages auf dessen Ausichtslosigkeit hingewiesen und betont, daß der Verband an die tariflichen Abmachungen mit der Arbeitgeberorganisation gebunden und ein weiteres Entgegenkommen nicht zu erwarten sei. Der Arbeitgeberbund hat aus Anlaß solcher Gesuche der örtlichen Organisationen der Arbeitnehmer an die Hauptvorstände des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes durch Herrn Behrens-Hannover neuerdings ein Schreiben richten lassen, in dem die Vorstände ersucht werden, ihre örtlichen Organisationen aufzufordern, solche Forderungen während der Kriegszeit zu unterlassen. Würden die Arbeitgeber bei Bewerbung um neue Bauausführungen angemessene höhere Preise verlangen, so würden diese Arbeiten von den Bauherren sicher zurückgestellt und damit aber die Kriegsarbeitsgemeinschaft zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe durchkreuzt werden, die alles mögliche tun, um die private Bautätigkeit zu heben. Die Verbände der Arbeitgeber würden daher jeden Versuch, Teuerungszulagen neben den Tariflöhnen zu erhalten, entschieden zurückweisen. Der Arbeiter solle überall, auch während des Krieges, erhalten, was ihm nach dem Tarifvertrage zustiehe, und das sei den Arbeitnehmerverbänden in der Erwartung zugestanden, daß auch ihrerseits für Durchführung der Tarifverträge gesorgt werde.

So das „Hannoversche Tageblatt“, das hier aus einer uns unbekanntem Quelle schöpft.

Lohnanspruch für die Quarantänzeit. Ein Zimmerer, der für die Berliner Firma Engelmann beim Paradenbau an der Ostgrenze beschäftigt war, forderte in einer Klage beim Gewerbegericht unter andern auch Lohnzahlung für 14 Tage, die er auf behördliche Anordnung vor Antritt der Reise in der Quarantänestation zubringen mußte. Der Kläger begründete seinen Anspruch so: Die Arbeiten



wurden im Gefangenlager berichtet, und gefangene Russen mußten uns bei der Arbeit helfen. Dadurch, daß mich die Firma mit feuchtenverdächtigen Russen in Beziehung gebracht hat, hat sie es verschuldet, daß ich die Quarantäne durchmachen mußte. Also muß mir die Firma den Lohn für die Quarantänezeit zahlen. — Der Vertreter der Firma bestritt ein Verschulden. Die Gefangenen seien nicht auf Veranlassung der Firma, sondern auf Verlangen der Militärbehörde beschäftigt worden. Die Kammer 3 des Gewerbegerichts wies den Anspruch des Klägers ab mit der Begründung: Für den durch die Quarantäne verursachten Lohnausfall würde die Firma nur dann haftbar sein, wenn durch ihre Schuld die Quarantäne notwendig geworden wäre. Das sei aber nicht der Fall.

„Vorwärts“ vom 5. Juni.

**Teuerungszulage in Bitterfeld.** In diesem Tarifbezirk beträgt der tarifmäßige Stundenlohn 53  $\text{§}$ . Er reicht bei der gegenwärtigen Teuerung für einen Anfänger nicht hin, sich davon zu ernähren, geschweige denn für Kameraden, die einen doppelten Haushalt führen müssen. In der Woche vom 7. bis 12. Juni ist nach mehrmaligen Verhandlungen auf dem einen größeren Werke, das zurzeit größere Erweiterungsbauten ausführt, vereinbart worden, daß der Stundenlohn für Einheimische 63  $\text{§}$  beträgt, für ledige Fremde ebenfalls 63  $\text{§}$  und pro Woche  $\text{M}$  3 Wohnungszuschuß, und für verheiratete Fremde, die eben einen doppelten Haushalt zu führen haben, beträgt der Stundenlohn 70  $\text{§}$  und pro Woche  $\text{M}$  3 Wohnungszuschuß. Auf einem andern Werke ist vereinbart worden für Einheimische 65  $\text{§}$  Stundenlohn, für ledige Fremde 68  $\text{§}$  und für verheiratete Fremde 75  $\text{§}$ . Hier ist der Wohnungszuschuß einbegriffen.

**Teuerungszulage in Gilsberg.** Der tarifmäßige Stundenlohn beträgt hier 58  $\text{§}$ . Bei den gegenwärtigen teuren Zeiten ist damit nicht auszukommen. Deshalb ist mit der Firma Dyckerhoff & Widmann, die am Orte größere Arbeiten auszuführen hat, vereinbart worden, daß kein Zimmerer unter 65  $\text{§}$  Stundenlohn erhält; die aus Großstädten zureisenden Zimmerer erhalten 77  $\text{§}$  Stundenlohn.

**Teuerungszulage in Spandau.** Die bürgerliche Presse, die nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Preise enorm steigen, brachte seit dem 16. Juni Nachrichten wie diese:

Streik im Spandauer Baugewerbe. Obwohl der vor zwei Jahren geschlossene Tarif noch in Kraft ist, sind die Maurer und Zimmerer Spandaus mit einer erhöhten Lohnforderung hervorgetreten; sie verlangen 20 pZt. Kriegszulagen, und da der plötzlich erhobene Anspruch von den Arbeitgebern, die sich bewegen erst noch mit ihrer Organisation in Verbindung setzen müssen, nicht bewilligt wurde, ist schon bereits in einigen Baugeschäften die Arbeit eingestellt worden.

Natürlich sind das Uebertreibungen, deren Zweck in die Augen fällt. Uns liegt die nachstehend wiedergegebene Abschrift des offiziellen Protokolls vor, die einen ganz andern Eindruck macht als vorstehende Behauptung:

**A b s c h r i f t :**

Verhandelt Spandau, den 16. Juni 1915.

Die heute im Kaiserhof zu Spandau versammelten Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten folgendes:

Die Zimmergesellen Spandaus erhalten bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit eine Teuerungszulage von 2  $\text{§}$  pro Stunde. Eine weitere Teuerungszulage von 3  $\text{§}$  pro Stunde soll gezahlt werden, nachdem die Arbeitgeber mit den hiesigen Militärbauämtern wegen dieser weiteren Zulage verhandelt und diese bewilligt erhalten haben.

Diese Zulagen sollen vorläufig bis zum 1. Oktober 1915 gezahlt werden.

Vier Wochen vor diesem Termin soll je nach Lage der Sache über die Weiterzahlung verhandelt werden. (gez.): Unterschriften.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Chemnitz.** In der am 8. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung stand auf der Tagesordnung: Sozialpolitische Maßnahmen während des Krieges und Gewerkschaftliches. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Ableben der auf dem Schlachtfelde gefallenen Kameraden in der üblichen Weise. Hierauf verbreitete sich Kamerad Wallh über den ersten Punkt der Tagesordnung. Mit Ausbruch des Krieges machten sich gewaltige Veränderungen und Neuerrichtungen auf sozialem Gebiet notwendig, um die durch die Einberufung der Familienernährer zum Heeresdienst in Not geratenen Familienangehörigen zu unterstützen. Staat und Gemeinde haben sich genötigt, Einrichtungen zu treffen, die schon seit langen Jahren Forderungen der modernen Arbeiter waren. Außer mit Wöchnerinnenunterstützung, Familienunterstützungen und der Kriegsfürsorge beschäftigte er sich noch mit der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenrente. Auch führte er alle Möglichkeiten an, um in den Genuß dieser Einrichtungen zu kommen. Er forderte alle Anwesenden auf, überall, wo es nötig ist, mit Rat zur Seite zu stehen. Der Vortrag wurde mit Interesse entgegengenommen. Weiter berichtete Kamerad Ungehüm von der letzten Vorstandssitzung, wo beschlossen wurde, noch neun Anteile der Bau-genossenschaft aus Lokalmitteln zu erwerben. Kamerad Wallh machte dazu noch längere Ausführungen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Regnitz.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 16. Juni im Gewerkschaftshaus statt. Erschienen waren leider nur 17 Mitglieder. Zunächst wurde die Wahl eines Kartellbelegierten vorgenommen; gewählt wurde Kamerad Paul Wagner. In „Verbandsangelegenheiten“ gelangte die Unterstützungsfrage eines Kameraden zur Besprechung. Es wurden ihm die Beiträge für 13 Wochen aus der Lokalkasse von der Versammlung zugesprochen. Im weiteren besprach der Vorsitzende die Entlassung seiner

Person. Diese sei eine Maßregelung. Aus Arbeitsmangel sei die Entlassung nicht erfolgt, da bei dem betreffenden Unternehmer jetzt noch Ueberstunden gearbeitet werden. Ein regerer Versammlungsbesuch müsse erwartet werden, zumal im „Zimmerer“ in den Nr. 23 und 24 schon darauf hingewiesen worden sei. Dies zu beherzigen, sei eines jeden Aufgabe. Einige Schreiben von im Felde stehenden Kameraden, welche der Zahlstelle gedacht haben, wurden zur Kenntnis genommen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Mainz.** Am 21. Juni fand im Lokale „Goldner Pfug“ eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, die leider nur schwach besucht war, was im Hinblick auf die Tagesordnung vom Vorsitzenden sehr bedauert wurde. „Der Krieg, die Lebensmittelteuerung, und wie stellen sich die Kameraden dazu?“ So lautete das Thema, über das Kamerad Ehlers aus Frankfurt referierte. Auf Grund von sehr eingehendem statistischem Material legte Redner dar, welche Aufwendungen die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie von vier Köpfen erfordert. Stellt man den Verbrauch einer solchen Familie der dreifachen Ration eines deutschen Marinesoldaten gleich, so ergibt sich für 1896 eine Ausgabe von  $\text{M}$  19,01, für 1900 eine solche von  $\text{M}$  20,18, für 1911  $\text{M}$  24,16, für 1912  $\text{M}$  25,28, für 1915  $\text{M}$  32,90 und für Mai 1915  $\text{M}$  34,46. Wenn also ein deutscher Arbeiter und seine Familie ebenso ernährt und versorgt würden wie der deutsche Marinesoldat, dann müßte allein für den Lebensunterhalt ein Betrag von  $\text{M}$  35 pro Woche zur Verfügung stehen. Dazu würden aber noch kommen die Ausgaben für Miete, Kleidung und für alle sonstigen Bedarfsartikel, wovon besonders die letzteren bis zu 100 pZt. im Preise gestiegen sind. Diese einfachen Feststellungen legten Zeugnis ab von der Notlage, in der sich heute die Arbeiter befinden. Zu ihrer Linderung habe bisher von den Arbeiterorganisationen nichts unternommen werden können. Ganz anders läge es bei den Unternehmern. Im „Zimmerer“ habe man lesen können, daß die Berliner Unternehmer in der „Berliner Volkszeitung“ befanntgemacht hätten, es müsse in Anbetracht der gesteigerten Fehrlöhne, der Kosten für Baugerüste usw. ein Aufschlag auf die bisherigen Preisberechnungen eintreten. Was aber die Berliner Unternehmer gemacht hätten, sei auch an andern Orten geschehen, so auch in Mainz. Hier hätten auch die Behörden den erhöhten Baupreisen Rechnung getragen. Wenn nun die Unternehmer von den teilweise ganz bedeutenden Preisaufschlägen, die sie erhalten, auch den Arbeitern einen Teil davon zukommen lassen würden, so wäre das korrekt gesehen. Allein die Organisation der Unternehmer sorgt dafür, daß das nicht geschieht. In der „Baugewerkszeitung“ sei befanntgegeben worden, daß eine Erhöhung der Löhne unter keinen Umständen stattfinden dürfe, da mit den Arbeitern ein Tarifvertrag bestehe. Jedenfalls werde befürchtet, daß eine etwaige Lohnerhöhung bei Kriegsarbeiten nach dem Kriege nicht wieder rückgängig zu machen sein werde. Den gleichen Standpunkt wie die Unternehmer vertrete auch die Kriegsarbeitsgemeinschaft, nämlich, daß während des Burgfriedens an den Tariflöhnen festgehalten werden müsse. Trotzdem empfahl Redner, ein entsprechendes Schreiben an die Unternehmer in Mainz gelangen zu lassen. Redner berichtete sodann über ähnliche Maßnahmen in andern Orten des Gaues. In Hanau hätten die Unternehmer es abgelehnt, dem Ersuchen auf eine Teuerungszulage zu entsprechen. In Cassel, wo die Offerten der dortigen Unternehmer bei den Barackenbauten sich gewiß sehen lassen konnten, sei ein Gesuch um Teuerungszulage abgelehnt worden. In Darmstadt hätten unsere Kameraden ebenfalls um eine Zulage gebeten; die Unternehmer erwiderten, sie könnten den Mitteldeutschen nicht vorgreifen. Als aber schließlich die den Unternehmern gewährten Preisaufschläge ihnen nicht hoch erschienen, ersuchten die Unternehmer unsere Kameraden, ihr Gesuch zu erneuern, die Kriegsarbeitsgemeinschaft habe die Sache in der Hand. Wie in den genannten Orten, so läge es auch in andern Orten. Redner machte sodann noch nähere Angaben über die Anzahl der zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder in unserm Gau. Das waren am 12. Juni 1911. In Arbeit standen 1155, 3 waren arbeitslos und krank 16. Der Gesamtmitgliederbestand betrug am 1. Juli 2082. Trotz des Krieges sei unser Mitgliederbestand noch immer stabiler als der anderer Verbände, besonders der großen Industrieverbände. In der Diskussion teilte Kamerad Gommel mit, daß bereits eine Sitzung mit dem Vorstand der Bauarbeiter stattgefunden habe zu dem Zweck, um gemeinsam gegen die Lebensmittelteuerung zu protestieren. Die Bauarbeiter hätten auch bereits in einer Versammlung dazu Stellung genommen, jedoch eine Resolution angenommen, die nur für sie allein zugeschnitten sei, auf uns Zimmerer nicht Rücksicht genommen habe; daher müßten auch wir selbständig vorgehen. Dem stimmte die Versammlung auch zu. Mitgeteilt wurde ferner, daß auch der erste Schriftführer zum Heeresdienst eingezogen sei. Weiter wurde daran erinnert, daß, wenn Funktionäre eingezogen würden, sofort andere Kameraden in die Lücken eintreten müßten. Das sei leider vielfach nicht der Fall. Eine Angelegenheit aus Weiskau, Affordarbeit betreffend, wurde den beteiligten Mitgliedern überlassen. Nachdem der Vorsitzende noch auf den Quartalschluß hingewiesen hatte, trat Schluß der Versammlung ein. — Die Kameraden und die Bezirksassistenten werden gebeten, schnellstens ihre Abrechnungen einzusenden.

**Schönebeck a. d. E.** Am 26. Juni tagte im „Bürgerhaus“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, welche wiederum sehr zahlreich besucht war. Eingangs wurde die Arbeitsweise der Kameraden auf der Sacharinfabrik nochmals einer Kritik unterzogen. Des weitern gab der Kassierer die Namen zweier Restanten bekannt; laut Beschluß wurde der Vorstand ermächtigt, mit den beiden Mitgliedern statutengemäß zu verfahren. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung über das erste Quartal. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Unter „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß als Vertreter unseres Gauleiters, des eingezogenen Kameraden Vergemann-Magdeburg, der Kamerad Hinrichsen-Berlin eingesetzt ist. Aus der Mitte der Versammlung wurde sofort der Wunsch geäußert, denselben zu verpflichten, der hiesigen Zahlstelle einen Vortrag zu halten. Die Versammlung beschloß demgemäß. Nachdem der Vorsitzende

die Kameraden aufgefordert hatte, alles daranzusetzen, was zur Erhaltung der Zahlstelle in dieser schweren Zeit dienlich ist, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Stettin.** (Um eine Teuerungszulage.) Anfang Mai dieses Jahres traten die Zahlstellen des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes an den Arbeitgeberverband heran, um eine Teuerungszulage mit ihm zu vereinbaren. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, „daß eine Teuerungszulage an sich berechtigt wäre“. Er bedauerte jedoch, die nachgesuchte Teuerungszulage aus verschiedenen Gründen, die in dem weiterhin abgedruckten Schreiben erwähnt werden, ablehnen zu müssen. Da der Vorstand des Arbeitgeberverbandes vorgab, daß die Bauauftraggeber gegen eine Teuerungszulage an die Arbeiter seien, wurde eine Eingabe an verschiedene Behörden gemacht, welche der Vorstand des Arbeitgeberverbandes durch Sonderschreiben unterstützte. Dann wurde telephonisch sowohl wie mündlich verhandelt. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bot  $\text{M}$  2 pro Woche an; in einer darauffolgenden Sitzung wurde dies Angebot auf  $\text{M}$  1,50 reduziert. Man einigte sich auf  $\text{M}$  1,80. Inzwischen waren nun die Antwortschreiben eingegangen, die keineswegs gegen eine Teuerungszulage sprachen. Allein der Arbeitgeberverband lehnte nunmehr vermittels Schreibens vom 17. Juni die bereits fest versprochene Teuerungszulage ab. Wir lassen die erwähnten Schreiben hier der Reihe nach folgen:

Schreiben vom 21. Mai 1915. An den Landrat des Kreises Randow. An den Regierungspräsidenten, Stettin. An den Eisenbahndirektionspräsidenten, Stettin. An den Oberbürgermeister Affermann. An das Militärbauamt 1 und 2. An die königliche Intendantur, Geheimer Bau- rat Kreißler (mündlich zugesagt). An die Direktion der Vulcanwerke, Stettin.

P. P.

Im Auftrage der Lohnkommission der Zahlstelle Stettin des Zentralverbandes der Zimmerer und des Zentralverbandes der Bauarbeiter Deutschlands erlauben sich die ergebenst Unterzeichneten das Folgende zu unterbreiten:

Unterm 4. Mai 1915 wurde an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin, zu Händen des Herrn Maurermeisters Sperling zu Stettin, nachstehend im Wortlaut wiedergegebene Eingabe gerichtet.

Stettin, den 4. Mai 1915.

An den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin, zu Händen des Herrn Maurermeisters Sperling. Hier.

Im Auftrage der Versammlung vom 28. April 1915 der Zahlstelle Stettin des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands teilt der Unterzeichnete Ihnen ergebenst mit, daß die Versammlung einstimmig beschlossen hat, die Herren Arbeitgeber im Baugewerbe zu ersuchen, ihnen in der jetzigen teuren Zeit eine Teuerungszulage zu gewähren.

Die großen Lebensmittelpreise werden den Herren Arbeitgebern wohl hinlänglich bekannt sein, um eine Teuerungszulage von 5  $\text{§}$  pro Stunde zu rechtfertigen. Auch wird es den Herren Arbeitgebern bekannt sein, daß in andern Gewerben und Industrien Teuerungszulagen gezahlt werden.

Sollten die Herren Arbeitgeber eine Sitzung noch für notwendig halten, diese an und für sich gerechtfertigte Zulage von unserer Seite zu begründen, so ist die Lohnkommission bereit, eine mündliche Aussprache mit Ihnen zu halten.

Wir bitten, uns Zeit und Ort der Sitzung oder Ihre wertere Zusage dieser Forderung baldigt mitteilen zu wollen.

Hochachtungsvoll

J. A. der Lohnkommission der Zimmerer Stettins und Umgegend, der Zahlstelle Stettin des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands:

gez. Karl Michaelis, Stettin, Postalozzijstraße 40.

Als Antwort auf diese Eingabe wurde uns unterm 8. Mai dieses Jahres seitens des Arbeitgeberverbandes folgendes Schreiben übermittelt.

Stettin, den 8. Mai 1915.

An die Lohnkommission der Zimmerer Stettins und Umgegend, der Zahlstelle Stettin des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, zu Händen des Herrn Michaelis.

Wir bestätigen Ihnen den Empfang Ihrer Eingabe vom 4. dieses Monats und teilen Ihnen hierauf mit, daß der Gesamtvorstand des Arbeitgeberverbandes in seiner gestrigen Sitzung diesen Gegenstand eingehend beraten hat und zu folgendem Ergebnis gelangt ist:

Unter dem Einfluß des gewaltigen Krieges sind die Preise für Lebensmittel erheblich gestiegen und ist der Vorstand der Ansicht, daß eine Teuerungszulage an sich berechtigt wäre.

Leider haben sich die Verhältnisse für die Arbeitgeber jetzt derart ungünstig gestaltet, daß derselbe Wunsch bestanden hat, bei unsern Auftraggebern um Bewilligung von Zulagen einzukommen, die aber sämtlich abgelehnt worden sind. Es sind fast nur laufende Verträge, die in der Zeit vor dem Kriege geschlossen sind, zu erledigen. Hierfür müssen von unsern Mitgliedern größere Aufwendungen für Fuhrlohn, Materialien usw. gemacht werden, ohne daß eine Vergütung seitens unserer Auftraggeber gezahlt wird. Die Schwierigkeiten sind deshalb auf unserer Seite mindestens dieselben. Auch kann die von Ihnen angezogene Industrie (Metallindustrie) nicht für unser Gewerbe in Betracht kommen, da dieselbe vielfach mit lohnenden Aufträgen für die Heeresverwaltung beschäftigt ist.

Wir müssen deshalb in dieser schweren Zeit Ihr Gesuch um Bewilligung einer Teuerungszulage ablehnen und dürfte auch eine gemeinsame Sitzung an dem Ergebnis nichts ändern.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß dieser entsetzliche Krieg bald beendet ist, damit für beide Teile eine bessere Zeit wieder eintritt.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stettin.

gez. Bernhard Sperling, erster Vorsitzender.



Am 17. Mai dieses Jahres ist in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Lohnkommission der Herren Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baugewerbes über diese Frage verhandelt worden. Die Herren Arbeitgeber erkannten auch in der mündlichen Verhandlung die Berechtigung des ausgesprochenen Wunsches der Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter auf Gewährung einer Teuerungszulage ohne jede Einschränkung an, bedauerten aber, im Hinblick darauf, daß es sich bei Ausführung der jeweiligen Arbeiten um Erledigung schon vor Kriegsausbruch getätigter Verträge handele, die infolge erhöhter Preise für Baumaterialien, Fuhrlohn usw. erhebliche Mehrausgaben verursachten, wofür ihnen trotz alles Bittens seitens der Auftraggeber keinerlei Ersatz gewährt wurde, nicht in der Lage zu sein, die Wünsche der Arbeitnehmer auf Gewährung einer Teuerungszulage von 5 % pro Stunde für die Dauer des Krieges zu erfüllen. In völligem Einvernehmen und auf ausdrücklichen Wunsch der Herren Arbeitgeber bitten die Unterzeichneten ganz ergebenst, gütigst veranlassen zu wollen, daß den Herren Arbeitgebern für die vor Ausbruch des Krieges übertragenen Bauarbeiten im Hinblick auf die erhöhten Preise für Baumaterialien und die erhöhten Fuhrkosten ein angemessener Zuschlag gewährt wird, damit sie in die Lage kommen, die anerkannten Wünsche der Arbeitnehmer zu befriedigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

F. A. des Bauarbeiterverbandes:  
Fritz Petersdorf, König-Albert-Straße 28, 1. Et.  
F. A. des Zimmererverbandes:  
Carl Michaelis, Stettin, Pestalozzistraße 40.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin.

Stettin, den 1. Juni 1915.

Die Arbeitnehmerorganisationen (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter) sind mit einem Gesuch um Bewilligung einer Teuerungszulage an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe herangetreten.

Der Verband hat ihnen geantwortet, daß er den Wunsch nach einer Teuerungszulage bei den außergewöhnlich hohen Preisen für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände an sich für berechtigt halte, jedoch nicht in der Lage sei, ihnen unter den bestehenden Verhältnissen eine Zulage gewähren zu können.

Hierauf haben die Arbeitnehmer erneut um eine gemeinschaftliche Aussprache. Auch in der zu diesem Zwecke anberaumten Sitzung konnten wir leider unsern ablehnenden Standpunkt nicht aufgeben. Zum Schluß wurde einer Anregung der Arbeitnehmer, sich mit einer Eingabe an die bauenden Behörden zu wenden, unsererseits stattgegeben.

Inzwischen dürfte ein diesbezügliches Gesuch der Arbeitnehmer eingegangen sein, welches wir hiermit gern unterstützen. Wir erlauben uns noch die Bitte auszusprechen, die Angelegenheit wohlwollend zu prüfen und uns demnächst Entscheidungen mitzuteilen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stettin.

Bernhard Sperling, Vorsitzender.

Der Regierungspräsident. Br. A. V. Nr. 4468.

An den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und den Bauarbeiterverband, zu Händen der Herren F. Petersdorf und Michaelis.

Stettin, den 31. Mai 1915.

Auf die Eingabe vom 21. dieses Monats erwidere ich, daß Verträge, die mit Mitgliedern des Stettiner Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe über staatliche Bauausführungen noch vor dem Kriege abgeschlossen worden sind, im Regierungsbezirk Stettin, soweit mir bekannt, nicht vorliegen. Soweit solche Verträge demnächst etwa noch zustande kommen sollten, wird es in der Hand der Arbeitgeber liegen, dabei solche Preise zu bedingen, daß sie den durch die Kriegslage herbeigeführten berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer nach Lohnerhöhung zu entsprechen in der Lage sind. Auf eine Berücksichtigung dieser Lage durch die Staatsbauverwaltung kann gerechnet werden.

von Schmeling.

Magistrat. 372/15. H. B.

An den Verband deutscher Zimmerer, zu Händen des Herrn Carl Michaelis. Hier.

Stettin, den 3. Juni 1915.

Auf die Eingabe vom 21. Mai erwidern wir ergebenst, daß die städtischen Deputationen bereits vor längerem insbesondere für solche Arbeiten Zulage gewährt haben, zu deren Ausführung Fuhrwerk gebraucht wird. Im übrigen handelt es sich im Bereich der städtischen Verwaltung nur um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeiten, die bereits vor Kriegsbeginn vergeben wurden und noch nicht beendet sind. Zurzeit liegen einige Anträge von Unternehmern auf Preiserhöhung vor, die wohlwollend geprüft werden sollen.

Affermann.

Der Königl. Landrat des Kreises Randow.

An den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, zu Händen des Herrn Vorsitzenden Bernhard Sperling, Stettin.

Auf das gefl. Schreiben vom 1. Juni 1915.

Mir sind im Kreise Randow Behörden, mit Ausnahme der militärischen, welche zurzeit bauen, nicht bekannt.

Peters.

Vulcanwerke. (Teuerungszulage.)

An den Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stettin.

Ihr Schreiben vom 1. dieses Monats, betreffend das Gesuch der Arbeitnehmerorganisationen (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter) um Bewilligung einer Teuerungszulage, gelangte in unsern Besitz und teilen wir Ihnen in Verantwortung desselben mit, daß Bauarbeiten bei uns zurzeit nicht zur Ausführung kommen.

Hochachtungsvoll

Vulcanwerke. Hamburg und Stettiner Aktiengesellschaft. Stettiner Niederlassung. Linder. Trappen.

Königliche Eisenbahndirektion. G. Nr. 41 T. 41/2141.

An die Lohnkommission der Zahlstelle Stettin des Zentralverbandes der Zimmerer und des Zentralverbandes der Bauarbeiter Deutschlands, zu Händen des Herrn Carl Michaelis, Stettin.

Stettin, den 15. Juni 1915.

Auf das Schreiben vom 21. Mai dieses Jahres.

Wenn wir auch gern bereit sind, den Unternehmern die Erfüllung der ihnen von uns auf Vertrag übergebenen Leistungen während der Kriegszeit nach Möglichkeit zu erleichtern, so sind wir doch zu unserm Bedauern nicht in der Lage, allgemeine Zugabe zu machen, müssen es vielmehr den Arbeitgebern überlassen, mit ihren Wünschen in jedem einzelnen Fall an uns heranzutreten, damit wir die Sachlage prüfen können.

Brandt. Rothenburg.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin.

Stettin, den 17. Juni 1915.

An die Zahlstelle Stettin des Zimmererverbandes Deutschlands. Herrn C. Michaelis.

Ueber die Ihnen zugesagte Unterstützung für die Einführung der gewünschten Teuerungszulage ist in unserer am 16. dieses Monats stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung Beschluß gefaßt worden.

Es soll davon Abstand genommen werden, die Teuerungszulage von den Behörden bei Einreichung von Angeboten ohne weiteres zu fordern, da die bauenden Behörden nicht gewillt sind, die Teuerungszulage besonders zu zahlen, vielmehr von uns erwarten, daß sie in die Preise eingerechnet wird, was aber von uns ausdrücklich abgelehnt werden muß.

Wir sind deshalb nicht in der Lage, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen, da nach den eingegangenen Antworten die in Frage kommenden Behörden, Industrien usw. nicht geneigt sind, die Teuerungszulage in der von uns beabsichtigten Erhebung zu bewilligen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stettin.

gez. Bernhard Sperling, erster Vorsitzender.

Die Anregung durch die Arbeiterorganisationen hat demnach gefruchtet. Es ist den Arbeitgebern in allen Antwortschreiben an die Hand gegeben, solche Preise zu fordern, daß sie die Teuerungszulage an die Arbeiter gewähren können. Der Arbeitgeberverband lehnt es auch keineswegs ab, eine Preiserhöhung eintreten zu lassen; aber er lehnt es mit haltlosen Gründen ab, die Teuerungszulage an die Arbeiter zu gewähren. So sieht die Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter selbst während des Krieges und Burgfriedens im Baugewerbe aus!

**Sterbetafel.**

**Gesetz.** Am 20. Juni starb das Mitglied Julius Fischer im Alter von 66 Jahren.

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Auf dem Neubau der Reichsdruckerei in Berlin war der Bauarbeiter Georg Heilig beim Aufstellen eines eisernen Trägers beschäftigt. Infolge Reißens der Aufzugskette fiel der Träger um und traf den Arbeiter so schwer, daß dieser den erlittenen Verletzungen erlag. — In Schönfeld (Neuß) stürzte ein am Neubau der Scheune am Rittergut beschäftigter Zimmermann aus Bleicherode so unglücklich von dem unfertigen Dache, daß er an einer Darmzerreißung gestorben ist.

**Ueber mangelnden Bauarbeiterschutz** schreibt die „Erfurter Tribüne“: Von Bauarbeitern wird vielfach darüber geklagt, daß jetzt bei Ausführung von Bauten die Unfallverhütungsvorschriften von den Unternehmern oder ihren Beauftragten recht oberflächlich beachtet würden. Beim Aufbau von Gerüsten werde bei weitem nicht mit der Sorgfalt gearbeitet, wie das notwendig sei, um Unglücksfälle zu verhüten. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß in der jetzigen Zeit keine genügende Kontrolle durchgeführt wird; denn die von der organisierten Arbeiterschaft gegründete Bauarbeiterschuttkommission ist unter den jetzigen Verhältnissen in ihrer Tätigkeit sehr behindert. Auch sind ihre erfahrenen Mitglieder zum Teil zum Heeresdienst einberufen. Da jetzt im Bau fast viel ungeübte Arbeiter beschäftigt werden, so wird die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften noch bedeutend mehr Unglücksfälle zur Folge haben als in normalen Zeiten. Dem kann aber wirksam vorgebeugt werden, wenn die Baupolizei unnachlässig ihres Amtes waldet. Ebenso können die Arbeiter selbst viel zur Verbesserung beitragen, wenn sie auf den Bauplätzen geschlossenen für gewissenhafte Durchführung des Bauarbeiterschutzes Sorge tragen. Von diesem Solidaritätsbewußtsein sollten auch die durchdrungen sein, die jetzt die wichtige und dringende notwendige Organisationsarbeit als Nebensache betrachten.

**Zur Förderung des Baugewerbes in Nürnberg** soll jetzt von der Stadtverwaltung aus etwas gehen. Nach einem mit der Kriegskreditbank Nürnberg-Fürth A.-G. abgeschlossenen Verträge wird diese den Hausbesitzern zu Umbauten, Erweiterungsbauten usw. Darlehen gewähren, für deren Rückzahlung die Stadt die Haftung übernimmt. Die Hausbesitzer haben den Nachweis zu führen, daß sie auf andere Weise zu erträglichen Bedingungen die benötigten Mittel nicht aufzubringen vermögen, und sie haben sich außerdem zu verpflichten, nur ansässigen Gewerbetreibenden die Ausführung der Bauarbeiten zu übertragen. Die Darlehen sollen M 10 000 für jedes einzelne Haus nicht übersteigen und müssen entweder durch Hypothek oder durch kreditwürdige Bürgschaften gesichert werden. Sie bleiben auf fünf Jahre unfundbar.

**Die sächsischen Handelskammern gegen eine Belegung der Bautätigkeit.** Der Landesauschuß der Kriegsarbeitersgemeinschaft des Baugewerbes im Königreich Sachsen hat dem sächsischen Ministerium des Innern eine Eingabe unterbreitet, in der darum gebeten wird, einer Reihe von Fragen zur Behebung der Beschäftigungslosigkeit im Baugewerbe prüfend näherzutreten. Das Ministerium hat diese Eingabe den sächsischen Handelskammern zur Kenntnis und Berichterstattung darüber zugestellt, ob und welche Anregungen etwa zur weiteren Verfolgung geeignet seien, und wie sie verwirklicht werden könnten. Sämtliche sächsische Handelskammern haben dem Ministerium gegenüber den Standpunkt eingenommen und bezichtigt, daß das Baugewerbe infolge des Krieges tatsächlich leidet, daß aber abnorme Erscheinungen im Gewerbe nicht zu beobachten sind und von einer Notlage nicht gesprochen werden könne. Die von der Kriegsarbeitersgemeinschaft empfohlene Belegung der Bautätigkeit sei nicht wünschenswert, schon weil kein Mangel an Wohnhäusern sei, da viele Wohnungen infolge des Krieges durch Aufgabe des Haushaltes leer ständen. Die noch vorhandenen Arbeitskräfte im Baugewerbe fänden namentlich durch die vom Staat zur Ausführung gebrachten Baulichkeiten jetzt vielfach Beschäftigung. Sollte später allgemeine Arbeitslosigkeit eintreten, dann könne dieser durch Notstandsarbeiten abgeholfen werden. Wegen die von der Kriegsarbeitersgemeinschaft empfohlene Kreditanspruchnahme zur Übernahme von Baugeldern wenden sich die Berichte der Handelskammern ebenfalls.

**Die Kriegsarbeitersgemeinschaft in Cottbus** scheint lebensmüde zu sein. Wenigstens lesen wir im „Cottbusser Anzeiger“ vom 5. Juni d. J., sie sei in ihrer Tätigkeit beschränkt worden. Dann wird weiter ausgeführt: „Die Zahl der Arbeitslosen in einzelnen Baugewerken ist inzwischen durch die stetigen militärischen Einziehungen von selbst immer geringer geworden. Die Versuche zur Hebung der Privatbautätigkeit sind nur von geringem Erfolg begleitet, während einzelne Behörden willig dem Wunsche auf Vergabung ausgeschriebener Submissionsarbeiten an hiesige Bauhandwerker nachgekommen sind.“

Die Verhältnisse im Baugewerbe haben sich aber durch die Dauer des Krieges und die weitergehenden Aushebungen der selbstdienstfähigen Arbeitskräfte derartig gegenüber dem Zustande beim Jahreswechsel geändert, daß es zum Beispiel im Maurer- und Zimmererbetriebe jetzt mehr darauf ankommt, Arbeitskräfte heranzubolen, als Bauarbeit zu schaffen. Als Beispiel hierfür, wie aber auch für die Mängel des Submissionswesens, dient der Ausfall der für den umfangreichen Ums- und Aufbau des hiesigen Postgebäudes ausgeschriebenen öffentlichen Submission. Hierfür waren nur zwei in ihren Endsummen höchst beschiedene Angebote eingegangen, und es haben selbst die größeren hiesigen Baubetriebe sich an der Submission nicht beteiligt, weil unter den herrschenden Arbeiterverhältnissen behördlicherseits die für die Kriegslage zu kurz bemessenen Baufristen sich nicht einhalten lassen dürften, während die scharf gefaßten sonstigen Baubedingungen und auch andere Bedenken persönlicher Art die Mehrzahl der hiesigen Baugeschäfte von einer Submissionsbeteiligung absehen ließen, ein Fall, der in dreißig Jahren in Cottbus nicht vorgekommen sein dürfte.

Es kann immerhin festgestellt werden, daß für die noch vorhandenen Arbeitskräfte im allgemeinen zurzeit Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe vorhanden ist, wenn diese in der Art ihrer Beschäftigung nicht wählerisch sind.“

**Die Kriegsarbeitersgemeinschaft für das Baugewerbe Südbayerns** hatte an das Justizministerium die Bitte gerichtet, die Kulturbauten der Gefangenenanstalt Laufen, von denen jetzt ein Teil zur Ausführung gelangt, nicht durch Straf- und Kriegsgefangene, sondern durch freie Arbeiter betätigen zu lassen. Das Ministerium hat die anfallenden Arbeiten für die Baurengewerbe dem Gewerbeverein Laufen zugefagt. Auch die Verputz-, Maler- und Fassadenarbeiten dürften dem ortsanfässigen Baugewerbe zugewendet werden.

**Vergabung städtischer Arbeiten unter Mitwirkung der Kriegsarbeitersgemeinschaft in Frankfurt a. M.** Die örtliche Kriegsarbeitersgemeinschaft hat dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. um möglichst gleichmäßige Verteilung städtischer Bauarbeiten, unter Mitwirkung der Kriegsarbeitersgemeinschaft, gebeten. Der Magistrat hat sich einverstanden erklärt und folgende Bestimmungen hierfür erlassen:

1. Das durch die Vorschriften der oberen städtischen Behörden geregelte Verfahren bei der Verdingung von Arbeiten und Lieferungen, das sich im allgemeinen aus den Allgemeinen Bestimmungen, § 1, und den Ausführungsanweisungen vom 19. November 1909 ergibt, soll in der Weise, wie es seither vom Hochbauamt gehandhabt wird, beibehalten werden. — Hiernach wird nach wie vor eine Dienststelle des Hochbauamts (Hochbauinspektion 2) darüber wachen, daß die von allen Dienststellen vorgelegten Verdingungssachen den einschlägigen Vorschriften entsprechen und daß eine tunlichst gleichmäßige Berücksichtigung der Gewerbetreibenden erfolgt wird.

2. Da es erwünscht ist, daß während der Kriegszeit zur Erreichung des letztgenannten Zweckes nicht nur die seitens der städtischen Ämter erteilten Aufträge, sondern die Gesamtheit der bei den einzelnen Gewerbetreibenden vorliegenden Aufträge in Betracht gezogen wird, so wird eine Mitwirkung der Kriegsarbeitersgemeinschaft bei Verdingungen zugelassen, die sich nach folgenden Bestimmungen regelt:

3. Ausschreibungen. Die Bestimmungen über die Art der Verdingung und der bei engerer Verdingung aufzufordernden Unternehmer verbleibt nach wie vor dem Amte, das hierüber auf Grund der Vorschläge der Dienststellen entscheidet.

4. Die Mitwirkung der Kriegsarbeitersgemeinschaft kann hierbei in folgender Form eintreten: a) Wollen die Dienststellen (Bauinspektionen usw.) eine engere Verdingung dem Amte in Vorschlag bringen, so werden sie unter Angabe des Gegenstandes, der ungefähren Kosten- summe, der einzelnen Lose und der Lieferfrist die Kriegs-



arbeitsgemeinschaft um die Angabe solcher geeigneter Unternehmer ersuchen, deren Arbeitsverhältnisse die Erteilung weiterer Aufträge wünschenswert erscheinen lassen. Die Kriegsarbeitersgemeinschaft wird dann tunlichst mindestens die doppelte Anzahl von Bewerbern mitteilen, als für die fragliche Verbindung vorgesehen sind. Die endgültige Ausbeziehungsweise Zuwahl trifft das Amt; b) in Zweifelsfällen über die zweckmäßigste Art der Verbindung und der Auswahl der Unternehmer wird das Amt die Kriegsarbeitersgemeinschaft um ein Gutachten ersuchen.

5. Zuschlagserteilung. Die Zuschlagserteilung bei engerer Verbindung erfolgt nach den bestehenden Vorschriften und dem seitherigen Verfahren ohne Zuziehung der Kriegsarbeitersgemeinschaft. Bei öffentlicher Verbindung schlagen die mit der Prüfung der Angebote betrauten Dienststellen gegebenenfalls mehrere zur Zuschlagserteilung geeignete Bewerber dem Amt vor, gleichzeitig mit dem Antrag, die Kriegsarbeitersgemeinschaft hierüber zu hören. Der Amtsvorsitzende wird sodann ein Gutachten der Kriegsarbeitersgemeinschaft einholen und daselbe mit dem Ergebnis der Verbindung in der Sitzung, welche über die Zuschlagserteilung zu beschließen hat, zur Vorlage bringen.

6. Für diejenigen Arbeiten kleineren Umfangs, zu deren Vergebung die Dienststellen des Amtes befugt sind, wird die Kriegsarbeitersgemeinschaft dem Amt in geeigneten Zwischenräumen eine Liste derjenigen Unternehmer einreichen, die für solche Arbeiten besonders in Betracht kommen. Die Dienststellen sind bei Vergabe der Arbeiten, soweit das Amt die Liste genehmigt, an diese gebunden und werden eine möglichst weitgehende Verteilung der Arbeiten eintreten lassen.

7. Die Kriegsarbeitersgemeinschaft wird ihre Gutachten mit möglichster Beschleunigung erstatten. Der Geschäftsgang darf im Interesse der beteiligten Unternehmer durch das Verfahren nicht aufgehalten werden.

**Zur Vinderung der Hypothekennote hat der Bund der Baugeschäfte Bremens eine Eingabe an die Gewerbekammer gerichtet, in welcher ausgeführt wird:**

„Wie der berehrliche Gewerbekammer bekannt ist, wurde in den lehtverfloffenen Jahren lebhaft Klage darüber geführt, daß es hier in Bremen an kleinen und mittleren Wohnungen mangelte und man hatte dabei die Befürchtung, daß, wenn nicht durch Erbauung entsprechender Häuser rechtzeitig Abhilfe geschaffen würde, eine Wohnungsnot unbedingt eintreten werde.

Die Gründe des Rückganges der Bauunternehmungen waren zu finden in den unverhältnismäßig erschwerten Bestimmungen der Bauordnung auf dem Gebiete des Ein- und Zweifamilienhauses. Nachdem dann aber auf Verreiben des Bundes der Baugeschäfte von Bremen und Umgegend Senat und Bürgererschaft durch eine entsprechende Abänderung der betreffenden Paragraphen der Bauordnung Erleichterungen für den Bau kleiner Wohnungen herbeigeführt hatten, setzte sofort die Wauspekulation und Bautätigkeit in verstärktem Maße wieder ein, so daß in kurzer Zeit eine große Anzahl geeigneter Häuser an neu angelegten Straßen zur Fertigstellung gelangten. Dies vollzog sich in den weitaus meisten Fällen unter Zuzuhilfenahme weitestgehender Kredite seitens der Grundbesitzer, Verkäufer, Lieferanten und Handwerker, in der Voraussetzung, daß nach Fertigstellung der Häuser und erfolgter Schätzung die hypothekarische Beleihung derselben keine Schwierigkeiten machen würde. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, da die nötigen Gelder eben nicht zu beschaffen waren. Dem Verein für Erbauung kleiner Arbeiterwohnungen wurde für seine Zwecke seitens der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte eine große Summe unter Garantie des bremischen Staates gegen einen billigen Zinsfuß zur Verfügung gestellt. Den Bauunternehmern standen Mittel in dieser Weise leider nicht zur Verfügung.

Die Inanspruchnahme der neu errichteten Kriegshilfsbank mußte unterbleiben, weil der geforderte Prozentsatz sich für die soliden Baugeschäfte als viel zu hoch erwies. Infolge dieser Hypothekengeldnot, die noch durch die Kriegsleihe gesteigert wurde, ist die Bautätigkeit wieder völlig lahmgelegt worden. Aber nicht etwa sind es die Bauunternehmer allein, die unter der Hypothekengeldnot zu leiden haben, sondern auch vom Grundbesitz im allgemeinen hört man Klagen darüber, daß gekündigte Kapitalien anderweitig kaum wieder zu beschaffen sind.

Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, den Geldmarkt für Hypothekeneleihung wieder neu zu beleben. Dies könnte unseres Erachtens nach dadurch geschehen, wenn geeignete Bankinstitute veranlaßt würden, unter der Garantie des Staates Hypothekengelder in Höhe von 60 bis 70 pSt. des Schätzungswertes der Gebäude zu einem angemessenen Zinsfuß herzugeben. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß bei geeigneten Sicherheitsmaßnahmen — vielleicht durch Einsetzung eines Wauschöffnamtes — die Beteiligten ein Schaden dabei nicht treffen könnten.

Da nun aber auf alle Fälle unbedingt irgendwelche Maßnahmen zur Beseitigung der zurzeit bestehenden mangelhaften Lage des Hypothekengeldmarktes getroffen werden müssen, so ersuchen wir die berehrliche Gewerbekammer hierdurch ganz ergeben, beim Senat in dem von uns angedeuteten Sinne vorstellig werden zu wollen, mit der Anheimgabe, bei der Vorberatung dieses Gegenstandes einige Sachverständige aus den Kreisen der Bankdirektoren, Geld- und Häusermakler und der Bauunternehmer hinzuzuziehen.“

**Der Baumarkt.** Ueber die Bautätigkeit in Ostpreußen schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß sie reger werde. Zunächst sind mehrere fiskalische Arbeiten in Allenstein, Lillit und Memel auszuführen. Es werden ferner errichtet ein Empfangsgebäude in Köffel sowie mehrere Familienhäuser daselbst und auf den Bahnhöfen Bischoffstein, Heilsberg und Kreimark. Derartige Bauten entstehen auch in Labiau, Al.-Gnie und Sandau. Die Gemeinde Gr.-Schendkrug im Kreise Fischhausen beginnt den Neubau einer Kirche. Um den zurückkehrenden Bewohnern von Schirwind ein Obdach zu gewähren, sind von seiten der Stadt vorläufig etwa 50 Wohnbaracken im Bau geplant. Für Ortelsburg ist ein neuer Stadtbauplan ausgearbeitet. Die Straße zur Burg, die jetzt

in Trümmern liegt, erhält eine gerade Richtung und wird 2 m breiter angelegt. Das neue Stadtschulgebäude soll in den Burggarten kommen. Mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebäude in Soldau wird jetzt begonnen; unter anderm beachtlich der Magistrat eine Anzahl Baracken für Verkaufsläden zu errichten. Der Neubau von etwa acht Geschäfts- und Wohnhäusern in Darfehmen wird noch in diesem Monat in Angriff genommen werden. In Ghdthun sind im Bau die Sanierungsanstalt, der Schlachthof mit Kühlanlage und mehrere Baracken. Gerdaun und Tappau haben im neuen Stadtplan ein Gartenbierfeld vorgesehen, wofür in Tappau A 240 000 vorgesehen sind, und fast ebensoviel in Gerdaun. Hier ist der Bau von Einfamilienhäusern mit zwei, drei oder vier Zimmern, Stall und Garten und Aderland von einem halben bis fünf Morgen vorgesehen. Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen werden, nach der „Königsberger Hartungschen Zeitung“, in verschiedenen Gemeinden Wirtschaftsgebäude ausgeschrieben. — Die „Jenaische Zeitung“ schreibt: Wieder können wir etwas Erfreuliches vom Jenaer Baumarkt berichten. Eine ganze Anzahl neuer Bauten werden trotz des Krieges in unserer Stadt jetzt entstehen. Am Magdelstieg erhebt sich seit einiger Zeit der Rohbau eines neuen Wohnhauses. In der Nachbarschaft, in der Ofenstraße, hat der Bauunternehmer Gilsch einen Neubau richten lassen. In demselben Viertel, in der Neuterstraße, läßt der Bauunternehmer Arno Nolsch ein Wohnhaus bauen. Weiter liegen noch zwei andere Neubauten vor. So hat der Kaufmann August Weber in der Löhberstraße die Absicht, in der Griedgasse ein Wohnhaus zu bauen. Jenseits der Saale, am Wöllniger Platz, hat Korbmachermeister Wehner vor, ein Wohnhaus zu bauen. Die Arbeiten werden in den nächsten Tagen beginnen. Auch der Anbau am Hygienischen Institut ist bereits in Angriff genommen. Das Baugeschäft wird so einigermaßen beschäftigt. Soffentlich beginnt auch die Firma Zeiß mit ihrem Neubau. Hier ist es noch nicht ganz bestimmt, ob der Neubau schon jetzt begonnen wird. — Die Bautätigkeit in Kiel zeigte im Monat Mai, wie das Statistische Amt schreibt, soweit der Wohnhausneubau in Frage kommt, das Bild eines fast vollständigen Stillstandes. Insgesamt wurden 2 Neubauten mit Wohnungen (im Vormonat 2) und 4 sonstige Baulichkeiten (10) abgenommen. Außerdem wurden noch 12 An- und Umbauten (20) aufgezeichnet. Der Reinzugang an Wohnungen belief sich auf 2 (10). Baugesuche wurden nur ein Wohngebäude eingereicht. Es ist das erste Gesuch seit Anfang des Jahres. Treffender kann das völlige Daniederliegen der Bautätigkeit nicht charakterisiert werden. Außerdem gingen noch 4 Gesuche für Neubauten sonstiger Gebäude (—), 13 für Um- und Erweiterungsbauten (9) und 2 für sonstige Bauten kleinerer Art (2) ein. — In Halberstadt wurden im Monat Mai zu 4 An- und Ausbauten und 1 Umbau in der Altstadt und zu 1 Neu- und 12 An- und Ausbauten in der Neustadt Baugenehmigungen erteilt, wodurch 10 Wohnräume neu geschaffen wurden. — In Lübeck konnte im Monat Mai der Arbeitsnachweis für das Baugeschäft nur 21 Personen Arbeit nachweisen. Alle Eingestellten wohnten schon längere Zeit in Lübeck oder in Lübecks nächster Umgegend. Gemeldet hatten sich: 45 Maurer, 38 Zimmerer und 27 Bauarbeiter, zusammen 110 Personen. Es meldeten sich außerdem noch 124 Personen als Passanten: 43 Maurer, 25 Zimmerer, 19 Bauarbeiter und 37 Arbeiter und Gesellen verschiedener Gewerbe im Laufe des Monats beim Arbeitsnachweis. — Ueber die Bautätigkeit in Hamburgs innerhalb des Gebiets des Baupolizeigesetzes finden wir in der von der Baupolizeibehörde veröffentlichten Statistik folgende Angaben: Angemeldet wurden im Mai 1915 15 Neubauten von Wohnräumen, 12 von Stallgebäuden, Scheunen und dergleichen, 5 von Geschäfts- und Kontorhäusern, Fabrikgebäuden, Speichern und dergleichen, 3 von Theatern, Kirchen, Schulen und dergleichen. Die Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohngefasse betrug im vorigen Monat 60 gegen eine Vermehrung von 41 in demselben Monat des Vorjahres, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 763 gegen 740 in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Von der „Bauauskunftsstelle für Groß-Berlin“ wird mitgeteilt, daß ihr in der Berichtswoche vom 11. bis 17. Juni 1 (2, 0, 2) Baugenehmigungsgesuche von der Baupolizeibehörde Behlendorf übermittelt worden ist. Die in Klammern gesetzten Ziffern beziehen sich auf die Groß-Berliner Baugenehmigungsgesuche für die Zeit vom 4. bis 10. Juni, vom 28. Mai bis 3. Juni und vom 21. bis 27. Mai. Eingegangene die bürgerliche Lokalpresse Berlins über die öffentliche Bautätigkeit im ersten Kriegsmontat: Jedem aufmerksamen Beobachter wird die Tatsache nicht entgangen sein, daß, je länger der Krieg dauert, desto stärker die öffentliche Bautätigkeit in Groß-Berlin eingesetzt hat. Die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden haben in den letzten Monaten eine erhebliche Zahl bedeutender Bauten mit allen Kräften gefördert und sind auch jetzt wieder an die Ausführung neuer Entwürfe gegangen, so daß der Baumarkt im ersten Kriegsmontat sich einer gar stattlichen Ausdehnung erfreut. In der Reichshauptstadt geht der große Erweiterungsbau der königlichen Universität im Kastanienwäldchen seiner Vollendung entgegen, und auf der Museumsinsel nehmen die Arbeiten an den Neubauten für die vielen wissenschaftlichen Sammlungen rüstigen Fortgang. Im Charlottenburger Hochschulviertel erhält Professor Duailon ein neues Meisteratelier für Bildhauerkunst, dem sich ein Neubau für das Rauch-Museum angliedern wird. Die Technische Hochschule wird für die chemischen Laboratoriumszwecke weiter ausgebaut und mit neuen Unterfunksträumen für das Heim der nach dort übersiedelnden Berg-Akademie ausgestattet. Im ehemaligen Botanischen Garten an der Grunewaldstraße wird der königlichen Kunstschule eine neue würdige Lehrstätte bereitet. Zu den vielen Staatsbauten in Dahlem gesellt sich außer dem Asiatischen Museum, der Neubau für das Geheime Staatsarchiv. Das „Medizinerviertel“ in Neukölln wird um die Gebarmenschenstrasse und das Krankenhaus der barmherzigen Schwestern vom Heiligen Borromäus bereichert. Zu diesen Kulturstätten treten verschiedene Kirchenbauten, wie beispielsweise die Philipp-Melanchthon-Kirche in Neukölln. Die Reichspostverwaltung hat die Hände gleichfalls nicht in den Schoß gelegt. Für das Hauptpostamt in Wilmersdorf wird in Verbindung mit einem Fernsprechanstalt ein neues Dienstgebäude an der Ecke

der Liebenburger und Emser Straße errichtet; in Friedenau, Dahlem und Charlottenburg-Westend werden monumentale Postgebäude den gesteigerten Ansprüchen genügen. Im Zeichen des Verkehrs stehen die umfangreichen Neu-, Erweiterungs- und Umbauten der Eisenbahnverwaltung in und um Berlin; zu ihnen gehören die Erweiterung des Bahnhofs Friedrichstraße, der viergleisige Ausbau der Nordbahn, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bei Kottbenerbrück-Neubabelsberg, der neue Vorortbahnhof Köllnische Heide in Neukölln, die Umbauten in Baumhuldenweg und in Nauen, und der Bau der südlichen Berliner Umgehungsbahn. Des weiteren erstreckt sich die öffentliche Bautätigkeit auf das Monumentalgebäude für das Landgericht II in der Möckernstraße, das Landwirtschaftsministerium in der Königgräber Straße, den Neubau der Eisernen Brücke am Kupfergraben, die Erweiterungsbauten der Gasanstalten in der Gaustraße zu Charlottenburg und der Parkstraße zu Spandau. Zu erwähnen sind ferner der Rathausneubau in Friedenau, die Schulbauten in sehr vielen Groß-Berliner-Gemeinden und die militärischen Neu- und Umbauten. Außerdem sind für eine Reihe weiterer öffentlicher Bauten die Vorarbeiten soweit zum Abschluß gebracht worden, daß der Baubeginn einsetzen kann.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**25 Jahre Fabrikarbeiterverband.** Zu den Gewerkschaften, die in diesem Jahre auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken können, gehört auch der Verband der Fabrikarbeiter. Vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 tagte in Hannover ein Kongreß aller „Nichtgewerblichen Arbeiter“, der zur Gründung des Verbandes der „Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter“ führte. Die Entwicklung des Verbandes ließ zunächst recht viel zu wünschen übrig. Nach fünfjähriger eifriger Werbearbeit waren nur etwa 7000 Mitglieder gewonnen. Fünf Jahre später waren es allerdings schon 30 000. Dann ging es immer schneller aufwärts. Im Jahre 1906 wurde das erste, im Jahre 1912 das zweite Hunderttausend Mitglieder überschritten. Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verband 207 000 Mitglieder; davon stehen zurzeit rund 75 000 im Kriegsdienst.



**Aus Russland-Polen.**

Im Schützengraben, den 10. Juni.

Liebe Freunde! Zu meiner größten Freude erhielt ich gestern zwei Pakete von Euch mit Wurst und Zigarren. Eine Labung für Herz und Magen eines jeden Kriegers. Meinen herzlichsten Dank dafür. Hier in dieser öden Sandwüste ist alles doppelt willkommen. Bedauere nur, daß Ihr nicht ein paar Beilen mit beigefahren habt; denn jeder von uns ist begierig, zu wissen, wie es in der engeren Heimat zugeht und welche Gedanken Euch bewegen. Hier stumpft man nach und nach ganz ab. Habt Ihr meinen Brief erhalten? Seit mir der „Zimmerer“ durch die Zahlstelle zugestellt wird, ist es mit der Bestellung mangelhaft. Bisher erhielt ich erst zwei Nummern, es fehlen somit schon zwei. Von A. S. erhielt ich in den letzten Tagen auch eine Karte, er ist ja noch weit vom Schuß.

Seit dem 1. Juni ist mit uns eine große Veränderung vorgegangen. Wir sind jetzt dem aktiven Regiment ... zugeteilt und liegen mit diesem zusammen in vorderster Stellung. Am Nachmittag bezogen wir unsere neue Stellung. Die Russen hatten bald unsern Anmarsch wahrgenommen. In dem unserer Stellung gegenüberliegenden Hochwald, wo sich die feindliche Stellung befindet, können die Beobachtungsposten in den hohen Bäumen ideale Plätze finden, um das Gelände weit und breit zu überschauen. Als wir bis auf 150 Meter an unsere Stellung heran waren, krachten die ersten Schrapnell über uns und piffen uns die ersten Weisungeln um die Ohren. Im ersten Moment stuzte alles, ein Teil warf sich hin, doch neues Krachen und Pfeifen ließ uns schnell im Lauffschritt vorspringen und in den Unterständen Schutz suchen, so gut es ging. Da lagen wir vier Stunden lang. Unaufhörlich prasselten die Aufschläger — zum Glück kleinster Kalibers — auf unsere Unterstände. 10 bis 15 Stück plagten manchmal zu gleicher Zeit. Dann war es für Minuten still; sobald sich aber wieder ein paar Mann herauswagten, ging es sofort wieder los. Nach vier Stunden hatten sich die Russen ausgetobt, einzeln verließen wir unsern Unterschlupf, um unsere Stellung im Graben einzunehmen. An Verlusten hatten wir sechs Mann, darunter zwei Tote. Das war unser Empfang.

Mit Anbruch der Dunkelheit traten dann unsere Minenwerfer in Tätigkeit, um den Russen voll heimzuzahlen. Sobald eine Mine in den feindlichen Graben einschlägt, springen natürlich die Russen heraus, um sich zu retten. Auf diesen Moment warten nun die Maschinengewehre, und ratiata mähren sie dazwischen. Die vorgeschobenen Horschposten sind mit Gewehr- und Handgranaten ausgerüstet, man liegt hier oft dem feindlichen Posten auf wenige Schritte gegenüber. Mit Hilfe dieser leichten, aber in ihrer Wirkung furchtbaren Sprengmittel hält man sich den Gegner auf kurze Zeit vom Leibe. Vor einzelnen Gewehrflugeln hat in der Dunkelheit doch keiner Angst. Die Nerven sind auf solchen Posten bis aufs äußerste angespannt. Mit dem ersten Morgengrauen ziehen sich die Horschposten zurück in die Graben, verfolgt von Infanterietfeuer. Manchen Tag ist es ganz still im Abschnitt. Oft fällt stundenlang kein Gewehrschuß. Man träumt sich in den schönsten, tiefsten Frieden hinein. Das Auge überschaut die weite Sandebene, durch welche sich unsere Stellung im Zickzack zieht. In unserm Rücken ist ausgedehnter Hochwald. Am Walbrand verdeckt sind unsere Artilleriestellungen. Drei bis vierhundert Meter vor uns zieht sich ebenfalls ein Hochwaldstreifen hin, soweit das Auge schauen kann. Vor ihm laufen die feindlichen Gräben, der helle, aufgeworfene Sand läßt sie uns allzudeutlich erkennen. Und auch die drüben beobachten uns ganz genau. Steckt man den Kopf einmal unverhohlen über die Brüstung, gleich klatscht es einem wie ein Peitschenschlag um die Ohren.



Doch daran gewöhnt man sich bald, genau so wie Ihr zu Haus Euch an das R-Brot gewöhnt habt.

Unsere aktive Kompagnie hat auch einen Gesangverein und eine Musikkapelle. Die Instrumente: Harfe, Violine, Triangel, Mundharmonika kamen als Liebesgaben erst vor wenigen Tagen aus Hamburg. Unser Gesang- und Musikverein sorgt für künstlerische Abendunterhaltung. Die Leitung hat ein musikbegabter Leutnant. Vom Konzertplatz geht es dann oft auf den gefährlichen Horchposten. Noch ist das Herz voll Sehnsucht nach der schon so lange verlassenen Heimat — die schlichten Volkswesen haben uns in Gedanken zu unsern Lieben hingezogen. Ein feindliches Geschöß, das dicht an meinem Ohre vorbeisürrt, verjetzt mich wieder in die reale, graufame Wirklichkeit zurück. Auch die Russen singen oft des Abends. Es besteht eine stumme Vereinbarung zwischen uns feindlichen Brüdern, solange gefungen wird, ob hüben oder drüben, schweigen die Mordwerkzeuge, und Freund und Feind scheinen diese kurzen Stunden heilig zu sein. Alles lauscht den frohen oder auch schwermütigen Klängen. Diese Konzerte finden aber nicht programmäßig täglich statt. Die letzten beiden Tage haben die Russen uns unsere gehobene Stimmung gründlich verhaselt. Sie bewarfen uns wieder Stundenlang mit Eisen. Vorgeftern nachmittag ging der Tanz los. Eine Stunde lang bestrichen sie unsern Afschnitt mit Schrapnells, das prasselte nur so. Dagegen gewährten unsere Unterstände Deckung. Dann kamen die „Schweren“ mit unheimlichem Geräusch herüber. Zwei Stunden lang schmissen sie ohne Unterbrechung 15-cm-Granaten in unsere Gräben und Deckungen. Dagegen hilft nichts, auch kein Vertriehen. Am sichersten ist man dann in den Laufgräben. Bäume von 60 cm Durchmesser werden durchgerissen wie ein Streichholz. Ueberall fliegen hohe Staubwolken auf. Es sind fürchterliche Stunden; schon im nächsten Augenblick kann man zerrissen sein. Mit zwei Mann stehen wir noch immer neben unserm Unterstand und sehen dem schaurigen Schauspiel zu. Da, mit unheimlicher Wucht fliegt wieder so ein Ding über unsere Köpfe. Im Nu liegen wir platt auf dem Bauche. Sechs Meter von uns schlägt sie ein. Eine Schicht Sand bedeckt uns im nächsten Augenblick. Wir stehen wieder auf, schütteln uns den Sand ab und besehen uns das Loch, wo das Ding eingeschlagen ist. Mit unsern Händen mühen wir das Eisen wieder heraus und finden auch glücklicherweise den unversehrten Zünder mit EntfernungsEinstellung. Der Kompagnieführer, dem wir den Zünder bringen, gibt sofort die so festgestellte Stellung der feindlichen Artillerie telephonisch an unsere Haubizenbatterie, und wenige Augenblicke vergehen, da senden unsere Artilleristen den Russen unsern Gegengruß. Und siehe da, sofort schweigt das feindliche Feuer. Befreit atmen wir auf. Und das Resultat dieser furchtbaren Kanonade? Wir hatten nicht einen einzigen Verwundeten; das schien uns fast ein Wunder. Zum Glück hatten die Russen Granaten aus eigenen Fabriken verwannt. Deren Streuwirkung ist in dem Sand außerordentlich gering. Sie durchschlagen wohl alles, aber haben lange nicht die Explosionsenergie der amerikanischen Granaten. Die Weisfüllung hing zum guten Teil noch fest am Kolophonium an der Eisenwandung. Schlimmer als die faktische Wirkung eines Artilleriefeuers mit schwerem Geschöß ist die moralische Wirkung, also die Wirkung auf den seelischen Zustand. Es dauert geraume Zeit, bis sich die Nerven wieder beruhigt haben. Das gibt jeder zu, auch derjenige, der schon oft in solchem Feuer war. Gestern nachmittag fingen die Russen wieder an, uns unter Schrapnellfeuer zu nehmen; aber da war auch unsere Artillerie nicht blöde und nahm sofort die russischen Gräben unter Granatfeuer. Da schwiegen sie bald wieder. Heute nachmittag will nun unsere „Schwere“ die ganze russische Stellung mal ordentlich ins Gebet nehmen; soeben kommen schon ihre Beobachtungsposten in unsere Stellung. Das wird wieder einen Tag geben! — Wann wird bloß mal ein Ende kommen?

Die Verpflegung ist gut, zwar nicht überreichlich; aber der Stellungskrieg stellt ja keine großen Anforderungen in bezug auf körperliche Kraftentfaltung. Nach Eintritt der Dunkelheit, etwa um 9 Uhr abends, kommt die Feldküche und bringt uns das Diner. Nach Ausgabe des Essens und Reinigung des Kessels wird Kaffee, Tee oder Kakao gekocht. Von jeder Gruppe holen ein paar Mann das Getränk; denn alle dürfen natürlich die Gräben nicht verlassen. Außer dem Essen gibt es ab und zu ein Stück Speck oder Käse, auch mal etwas Butter oder ein paar Zigarren. So haufen wir hier in dieser Wildnis, fern der Heimat, fern der Familie. Nachts 2 Uhr bekommen wir die Kriegsberichte aus dem Hauptquartier. Wann wird wohl der Friede kommen? Den Mut und die Hoffnung verliert trotz der vielen Feinde keiner, ob junger Krieger oder bärtiger Landsturmann. Schade nur um das viele kostbare Blut, um die herrlichen Menschen, die vernichtet werden. Auch unsere Organisation ist ja schon schwer betroffen. Langer Friedensarbeit wird es bedürfen, um das Zerstückte wieder aufzubauen. Doch hoffen wir, daß es dem deutschen Organisationsstalent in ehrlichem, zähen Fleiße gelingen wird, auch für uns arbeitenden Schichten eine neue, bessere Zukunft erstehen zu lassen. Vorläufig sprechen noch die Waffen. Laßt bitte mal etwas von Euch hören! Seid alle recht herzlich gegrüßt! Guer O. S.



### Literarisches.

Hest 13 der „Neuen Zeit“ vom 25. Juni 1915 hat folgenden Inhalt: Adolf Braun: Die Erneuerung der Tarifverträge. — Eine Entgegnung von R. Kautsky: Wohin geht die Reise? — Eduard Bernstein: Amerikaner über den Weltkrieg. (Fortsetzung.) — J. Fedder (Amsterdam): Die Wirtschaftslage in Holland. — Literarische Rundschau: Dr. W. Wrabec, Flotten- und Kohlenstationen. — Anzeigen.

Vom „Wahren Jacob“ ist die 13. Nummer des 32. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 G. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dieb Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

### Veranstaltungsanzeiger.

**Dienstag, den 6. Juli:**  
**Jachoc:** Abends 8 Uhr bei H. Thiesen, Am Markt.  
**Langensalza:** Gleich nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. — **Seufenberg:** Abends 7½ Uhr bei Schönerl in Jüttendorf. — **Wedel:** Abends 8 Uhr im Lokale von W. Struckmeyer.

**Mittwoch, den 7. Juli:**  
**Elbing:** Eine Stunde nach Feierabend im Volkshaus, Holzstr. 4. — **Guben:** Eine Stunde nach Feierabend im „Volksgarten“, Croßener Straße. — **Nordenham:** Abends 8½ Uhr bei Kohners. — **Westerland:** Abends 8 Uhr bei Max Peterfen.

**Freitag, den 9. Juli:**  
**Jena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

**Sonnabend, den 10. Juli:**  
**Kulmbach:** Nach Feierabend bei Hans Rupp in Meßdorf.

**Montag, den 11. Juli:**  
**Cüstrin:** Nachm. 3½ Uhr. — **Elbershausen:** Nachm. 3 Uhr bei Aug. Reune, „Zum Jägerfrug“. — **Gumbinnen:** Morgens 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Hospitalstraße.

### Anzeigen.

**10 bis 15 tüchtige Zimmerleute** werden für dauernde Arbeit gesucht. Der tarifliche Stundenlohn beträgt 54 G bei zehnstündiger Arbeitszeit, auf dem Truppenübungsplatz Stetten 60 bis 65 G.  
**Fr. Knecht, Zimmerer und Sägewerk,**  
Elbingen in Württemberg.  
[M. 2,10]



## Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden

aus folgenden Zahlstellen:

Alte b t: **Paul Sille**, 28 Jahre alt, gefallen am 13. Januar. — **Altenburg:** **Oskar Kunze**, gefallen am 4. April. — **Barth:** **Otto Wendt**, 22 Jahre alt. — **Berlin:** **Emil Sibbern**, 20 Jahre alt, ledig, aktiver Pionier in der Reserve-Pionier-Kompagnie Nr. 84, gefallen am 2. Mai; **Wilhelm Büngel**, 43 Jahre alt, verheiratet, Landsturmann im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 224, gefallen am 17. Mai; **Paul Andreas**, 39 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Landwehr-Infant.-Regt. Nr. 47, gefallen am 16. Mai. — **Bernburg:** **Otto Koch**, 20 Jahre alt, Pionier, gefallen anfangs Mai; **Franz Felgenträger**, 21 Jahre alt, am 2. Juni seinen Verwundungen erlegen. — **Cassel:** **Adolf Senkel**, ledig, Pionier, gefallen am 22. April; **Hermann Schneider**, verheiratet, Gefreiter, gefallen am 24. April. — **Celle:** **Edmund Mühlisch**, verheiratet, Ersatzreservist im Infanterie-Regiment Nr. 77, gefallen am 1. Juni; **Alwin Ockert**, 28 Jahre alt, Unteroffizier im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 73, gefallen am 16. Juni. — **Chemnitz:** **Gustav Silbe**, verheiratet, Unteroffizier in einem Feld-Artillerie-Regiment, gefallen am 31. Mai; **Emil Jenner**, ledig, Infanterist; **Kurt Friedrich**, Pionier, gefallen am 23. März; **Albert Döbler**, ledig; **Paul Wappler**, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 103, am 21. Mai seinen Verwundungen erlegen. — **Darmstadt (Bez. Arheilgen):** **Georg Bauer**, 32 Jahre alt, Wehrmann im Infanterie-Regiment Nr. 116, gefallen am 21. April. — **Delmenhorst:** **Friedrich Harft**, 25 Jahre alt, Bezirkskassierer der Zahlstelle, Pionier, gefallen am 17. Mai. — **Dortmund:** **Leopold Kallweit**, 27 Jahre alt, ledig, Pionier, gefallen am 7. März; (Bezirk Verne): **Wilhelm Bartels**, 31 Jahre alt, verheiratet, Pionier, am 17. Mai seiner Verwundung erlegen. — **Dresden:** **Heinrich Bischoff**, Dresden-Bieschen, 26 Jahre alt, gefallen am 3. Mai; **Oskar Dietrich**, Pirna, 22 Jahre alt; **Rudolf Jüdel**, Hartmannsdorf, 25 Jahre alt, am 12. April bei Breslau in der Ober ertrunken; **Edwin Kopprasch**, Rosenthal-Schweizermühle, 34 Jahre alt, gefallen am 23. März; **Richard Leqler**, Großborthen, 21 Jahre alt, gefallen am 10. Mai; **Alfred Liebsher**, Hartmannsdorf, 25 Jahre alt, Grenadier der Reserve, gefallen am 10. März; **Clemens Vohse**, Dresden-Cotta, 31 Jahre alt, gefallen am 6. April; **Otto Petri**, Dresden-Johanngeorgenstadt, 20 Jahre alt, gefallen am 2. Mai; **Albert Starke**, Zauderode, gefallen am 25. Januar; **Bruno Weber**, Dresden-Albstadt, 39 Jahre alt, gefallen am 3. März. — **Duisburg:** **Otto Gerike**, 31 Jahre alt, verheiratet. — **Elbing:** **Karl Krause**, 26 Jahre alt, Ersatzreservist in einem Pionier-Bataillon, gefallen am 14. Juni. — **Erfurt:** **Franz Schwarz**, Unteroffizier in der Reserve-Pionier-Kompagnie Nr. 81, gefallen am 1. März; **Wilhelm Schmidt**, Unteroffizier im Pionier-Bataillon Nr. 11, gefallen am 20. April. — **Feldberg i. M.:** **S. Alsmuth**, gefallen am 9. Mai. — **Frankenthal:** **Anton Dürnah**, fremder Zimmerer, Pionier im 2. bayerischen Pionier-Bataillon; **Karl v. d. Seydt**, Wehrmann im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 218, seinen Verwundungen erlegen. — **Freiburg i. Br.:** **Georg Krieg**, verheiratet, Funktionär der Zahlstelle, Wehrmann im Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 110, gefallen am 11. Mai. — **Geeftacht:** **Hans Schwarz**, 23 Jahre alt, Gefreiter im Reserve-Pionier-Bataillon Nr. 19, gefallen am 1. Juni. — **Glauch:** **Friedrich Jäschke**, 29 Jahre alt, Reservist im Infanterie-Regiment Nr. 22, gefallen am 24. Mai. — **Glogau:** **Fritz Pähols**, 25 Jahre alt, Reservist im Pionier-Bataillon Nr. 5, gefallen am 4. Mai; **Heinrich Friedrich**, Reservist im Pionier-Bataillon Nr. 5, gefallen am 10. November. — **Görlitz:** **Max Schaller**, 24 Jahre alt, gefallen am 6. Juni. — **Greifswald:** **Walter Schmidt**, 23 Jahre alt, Pionier, und **Willy Melz**, 22 Jahre alt, Pionier. — **Großbreitenbach:** **Robert Eisenhut**, gefallen am 27. Mai. — **Hamburg:** **Otto Schmidt**, verheiratet, 30 Jahre alt, am 27. Mai im Lazarett verstorben; **Wilhelm Linnebank**, verheiratet, 32 Jahre alt; **Wilhelm Mannshardt**, ledig, 24 Jahre alt, gefallen am 14. Mai; **Paul Kottan**, verheiratet, 24 Jahre alt, gefallen am 25. Mai; **Wilhelm Weiske**, ledig, 27 Jahre alt, gefallen im Juni; **Richard Zeitz**, 29 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 26. April. — **Hannover:** **Heinrich Kruse**, verheiratet, 25 Jahre alt, Ersatzreservist im Infanterie-Regiment Nr. 73, gefallen am 18. Mai. — **Hirschberg i. Schl.:** **Gustav Scheckel**, Wehrmann, 29 Jahre alt, gefallen am 17. Januar; **August Büttner**,

26 Jahre alt, gefallen am 10. März; **Fritz Hofmeister**, 24 Jahre alt, gefallen am 25. April; **Gustav Pahl**, Ersatzreservist, 25 Jahre alt, gefallen am 25. Februar; **Gustav Weichenhain**, 26 Jahre alt, gefallen am 24. April; **Wilhelm Leiser**, 28 Jahre alt, gefallen am 14. Mai. — **Jena:** **Otto Thiele**, aktiver Soldat, gefallen am 19. November. — **Kahla:** **Max Hartmann**, Garde-Pionier. — **Katowiz:** **Robert Matyssek**, 25 Jahre alt, ledig; **Edward Sobotte**, 27 Jahre alt, ledig; **Hermann Wanek**, verheiratet; **Franz Biesfur**, 26 Jahre alt, verheiratet; **Josef Knoppit**, 30 Jahre alt, verheiratet; **Theodor Olbrich**, 24 Jahre alt, ledig, gefallen am 16. September; **Paul Schwientek**, 20 Jahre alt, ledig, am 27. Oktober verwundet, am 30. Oktober gestorben; **Bernhard Schwientek**, Hilfskassierer, 22 Jahre alt, ledig, gefallen am 26. November; **Paul Olbrich**, 23 Jahre alt, ledig, am 24. Dezember im Lazarett zu Lüdingen gestorben; **Paul Müller**, 28 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 7. Januar; **Johann Wujak**, 28 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 25. Februar. — **Landesberg a. d. Warthe:** **Erich Hildebrandt**, 20 Jahre alt, diente im Pionier-Bataillon Nr. 28, gefallen am 8. März; **Paul Sennig**, 27 Jahre alt, verheiratet, diente im Pionier-Bataillon Nr. 28, gefallen am 21. Mai; **Paul Janselow**, 23 Jahre alt, verheiratet, diente im Infanterie-Regiment Nr. 269, gefallen am 24. Mai. — **Latowiz:** **Hermann Rasch**, Kassierer der Zahlstelle, am 20. Mai seiner Verwundung erlegen. — **Lyche:** **Franz Sievert**, 31 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier im Grenadier-Regiment Nr. 3, gefallen am 18. Mai. — **Magdeburg:** **Adolf Rosenkranz**, 35 Jahre alt, gefallen am 3. April; **Willy Timmann**, 22 Jahre alt, gefallen am 6. April. — **Mannheim:** **Hans Schäfer**, 21 Jahre alt, infolge schwerer Verwundung und Augenentzündung gestorben; **Fritz Kiesefer**, 27 Jahre alt, gefallen am 23. Mai. — **Mittenwalde i. d. Mark:** **Hermann Petraf**, 43 Jahre alt, Vorsitzender seit Verleben der Zahlstelle, Landsturmann, gefallen am 18. Mai. — **Mühlhausen i. Thür.:** **Karl Jakob**, 38 Jahre alt, verheiratet, Pionier, gefallen am 22. April. — **Mülheim a. Rhein:** **Carl Wertenbach**. — **Neuhaldensleben:** **Wilhelm Meyenfoth**, verheiratet, diente im Infanterie-Regiment Nr. 136, gefallen am 23. Mai. — **Nordenham:** **Johann Mammen**. — **Plauen i. B.:** **Bruno Max Vogel**, Wehrmann, gefallen am 27. April; **Max Vogel**, Pionier, gefallen am 20. April. — **Pofen:** **Paul Reimush**, 35 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Pionier-Bataillon, gefallen am 11. Juni. — **Saarbrücken:** **Jakob Lerch**, 19 Jahre alt, Kriegsfreiwilliger; **Wilhelm Kreckmann**, verheiratet, Vorsitzender der Zahlstelle; **Heinrich Kuhn**, verheiratet; **Peter Meier**, Bezirkskassierer in St. Ingbert. — **Stadthagen:** **Ernst Wegener**, aktiver Soldat im Infanterie-Regiment Nr. 221, gefallen am 17. Mai. — **Stavenhagen:** **August Duff**, 26 Jahre alt, verheiratet, seinen Verwundungen erlegen. — **Stettin:** **Carl Sinnagel**, 32 Jahre alt, Pionier, gefallen am 1. Juni. — **Strehla i. S.:** **Max Polenz**, am 9. Juni seinen Verwundungen erlegen. — **Strehlen:** **Paul Eichner**, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 11, gefallen am 17. Mai; **Rudolf Müller**, Infanterie-Regiment Nr. 232, gefallen am 18. Mai; **Fraugott Kipr**, Infanterie-Regiment Nr. 202, gefallen am 26. Mai; **Hermann Krause**, Infanterie-Regiment Nr. 11, Maschinengewehrkompanie, am 5. Juni schwer verwundet, am 6. Juni gestorben. — **Trachenberg:** **Hermann Freitag**, gefallen am 17. Mai. — **Velten:** **Hermann Magdan**, Garde-Feldartillerie, gestorben am 1. Februar am Lypbus. — **Wieg:** **Paul Vetter**, Pionier. — **Waldenburg i. Schlesien:** **Bruno Haffe**, 25 Jahre alt, verheiratet; **Heinrich Kühn**, ledig; **Friedrich Grimm**, ledig, Inhaber des Eisernen Kreuzes; **Oskar Geier**, 24 Jahre alt, verheiratet; **Wilhelm Förster**, 31 Jahre alt, verheiratet. — **Wiesbaden:** **Heinrich Frick**, 21 Jahre alt, Gefreiter im Pionier-Bataillon Nr. 10, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen am 17. Mai. — **Worms:** **Fritz Buchleider**, Ersatzreservist im Infanterie-Regiment Nr. 118. — **Zerbft:** **Franz Voigt**, Pionier im Pionier-Bataillon Nr. 4, gefallen am 1. Mai. — **Zittau:** **Oswald Becker**; **Ewald Weidner**, Reservist im Pionier-Bataillon. — **Zwickau:** **Willy Jenker**, 18 Jahre alt, Kriegsfreiwilliger im Infanterie-Regiment Nr. 243, gestorben am 17. Februar.

Chre ihrem Andenken!